



Machen Sie mit und informieren Sie sich  
im neuen **Netzwerk der Bayerischen Gemeindezeitung!**  
Diskutieren Sie kommunale Themen  
direkt mit Kolleginnen und Kollegen!  
[www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern)



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Dr. Franz Dirnberger; Joachim Herrmann und Dr. Uwe Brandl (v.l.).

Bayerischer Gemeindetag in Bad Staffelstein:

## Verfassungsauftrag erfüllen!

Die Adam Riese-Stadt Staffelstein war Gastgeber der diesjährigen Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags mit knapp 150 Delegierten und zahlreichen Ehrengästen. Dabei forderte Präsident Dr. Uwe Brandl in seiner politischen Standortbestimmung dazu auf, den Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, umzusetzen.

„Das ist keine Verfassungslitrik. Das ist ein konkreter Auftrag an alle staatlichen Institutionen“, machte Brandl deutlich. Alles staatliche Handeln müsse sich darauf konzentrieren, den Menschen in allen Regionen des Freistaats die gleichen Lebensperspektiven anzubieten wie den Einwohnern der Großstädte. Grundlage dieser Perspektiven seien attraktive Arbeitsplätze in den Räumen außerhalb der Ballungsgebiete. Neben einem attraktiven Arbeitsplatz brauche es ausreichende Betreuungseinrichtungen, gut ausgestattete Bildungsangebote, Verkehrsinfrastruktur, Lösungen für moderne Mobilitätsbedürfnisse, eine ausreichende Arztversorgung, leistungsfähige Breitbandnetze und günstigen Wohnraum.

Mit den Kommunen muss gesprochen werden

„Sollte es bei der momentanen Entwicklungsdynamik bleiben und das Potenzial der Fläche nicht genutzt werden, werden Luftverschmutzung, Überbebauung und Verkehrsinfarkte zu immensen gesellschaftspo-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische Gemeindezeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## GZ-BreitbandForum am 8. 11.

Tagungsort: Forum am Hofgarten, Günzburg

Zum 6. Bayerischen Breitbandforum lädt die Bayerische Gemeindezeitung am 8. November 2018 in das Forum am Hofgarten in Günzburg ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung und neueste Beispiele auf dem Weg in die Digitalisierung aufzuzeigen sowie Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ enthält eine Vielzahl konkreter Forderungen. „Egal, wer nach der Landtagswahl in Bayern an der Macht ist: Wir, die Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern, erwarten, dass sich der Freistaat umgehend und intensiv mit diesen Forderungen auseinandersetzt. Und wir erwarten auch, dass dann mit uns und nicht über uns gesprochen wird“, hob der Verbandschef hervor.

Unter anderem fordert der

Bayerische Gemeindetag, die kommunale Finanzautonomie zu stärken.

### Gegen finanzielles Gängelband

Städte, Märkte und Gemeinden dürften nicht am finanziellen Gängelband des Staates hängen. Kommunale Steuer- und Abgabenerhebungsrechte dürften daher weder (weiter) eingeschränkt, noch gar ganz abgeschafft werden. Die Grund-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gemeinsame Tagung von RENN.süd und SKEW:

## Nachhaltigkeit first!

Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene stärken

Gemeinsam mit den Kooperationspartnern Nachhaltigkeitsbüro der Stadt Augsburg, Women Engage for a Common Future (WECF), ANU Bayern e.V., Ökologische Akademie e.V., Linden laden das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern, RENN.süd und die Service Stelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) am Dienstag, 20. November 2018, zu einer bayernweiten Nachhaltigkeitstagung ein.

Im Mittelpunkt der Tagung stehen Handlungsansätze, um nachhaltige Entwicklung im Kontext der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene zu stärken. Neben fachlichen Inputs wird viel Raum für Erfahrungsaustausch und die Präsentation guter Beispiele geboten, u.a. beim „Zukunftsmarkt“ und einem „Wandelplenum“.

Keynote-Sprecher ist Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Deutschland und Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung sprechen.

Die Fachforen beschäftigen sich mit folgenden Themen:

- Nachhaltigkeit braucht Gerechtigkeit
- Global – Lokal: Agenda 2030 vorOrten
- Nachhaltige Bürgerkommune

- Demokratie mit Perspektive
- Transformative Hochschule
- Unternehmen im lokalen Nachhaltigkeitsprozess – Wie kann das gelingen?
- Kommunale Beschaffung
- Wie schaffen wir Wohnraum und Arbeitsplätze ohne alles zuzubauen?

Die Servicestelle bietet ein Fachforum zum Thema „Global – Lokal: Agenda 2030 vorOrten“ an. Im Rahmen der Auszeichnung „Leuchtturmprojekt 2018 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ zeigt die Servicestelle Umsetzungsmöglichkeiten der Agenda 2030 praxisnah auf.

Darüber hinaus machen sich vermehrt Kommunen auf den Weg, Handlungsprogramme zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) mit ihren Partnerkommunen aus dem globalen Süden zu entwickeln.

**Programm, Anmeldung, etc.:**  
[www.kommunal-nachhaltig.de](http://www.kommunal-nachhaltig.de),  
[www.rennnetzwerk.de/sued](http://www.rennnetzwerk.de/sued),  
[www.lbe-bayern.de](http://www.lbe-bayern.de)  
[skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/tagung-nachhaltige-entwicklung-in-bayern.html](http://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/tagung-nachhaltige-entwicklung-in-bayern.html)



In welche Himmelsrichtung wir auch blicken, überall ist Wasser ein Thema. Auch hierzulande scheint es angezeigt, sich mehr Gedanken über das Lebensmittel Nummer 1 zu machen. Der Bürgermeister war hier Vorreiter, weiß die Vorzimmerperle zu berichten. Seite 11



Zum Erfahrungsaustausch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und verschiedenen Mitgliedern ihres Kabinetts waren die bayerischen Landräte nach Berlin gereist.

50. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Berlin:

## Versorgung in der Fläche sichern

Der Einsatz für den ländlichen Raum bestimmte die diesjährige Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Berlin. Vor Ort gab es reichlich Gelegenheit zum Gespräch mit hochkarätigen bundespolitischen Verantwortungsträgern wie Finanzminister Olaf Scholz, Gesundheitsminister Jens Spahn, Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Verkehrsminister Andreas Scheuer. Themen des Austausches waren die gleichwertigen Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, die Entwicklung der Gesellschaft, die Fachkräftewanderung und der Zustand des Finanzmarktes.

Stichwort Umsatzsteuergesetz: Die Neuregelung des § 2b UStG, die für die Landkreise ab 1.1.2021 gilt, führt zu einem Systemwechsel in der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. Damit wird die kommunale Steuerpflicht auf z. B. Hilfgeschäfte (Verkauf von Kopien, Mobiliar, Fahrzeugen), wettbewerbsrelevante hoheitliche Tätigkeiten (Überlassung von Parkplätzen), Tätigkeiten im Rah-

men von nicht begünstigten Beistandsleistungen und Tätigkeiten mit geringem Umfang ausgeweitet.

**Win-win-Situation für alle Beteiligten**  
Das trifft vor allem auch die bisherige Zusammenarbeit der Landkreise mit den örtlichen Sportvereinen. Diesen konnten bisher durch ein geringes Ent-

gelt die Schulsportstätten zur Verfügung gestellt werden. Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Denn so wurden die Hallen rund um die Uhr genutzt.

### Enormer Verwaltungsaufwand

Die bisherige Aufgriffsgrenze für Betriebe gewerblicher Art von 35.000 Euro ist für die umsatzsteuerliche Würdigung nicht mehr relevant. Die ab 1.1.2021 geltende Grenze von 17.500 Euro erscheint dem Bayerischen Landkreistag viel zu gering und verursacht demnach bei der öffentlichen Hand einen enormen Verwaltungsaufwand. Im Gemeinnützigkeitsbereich gelte nach wie vor eine Grenze von

35.000 Euro, die sogar noch angehoben werden soll.

Landkreistagspräsident Christian Bernreiter (Deggendorf) rief Bundesfinanzminister Olaf Scholz dazu auf, die Aufgriffsgrenze auf 35.000 Euro anzuheben. (Fortsetzung auf Seite 4)

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Erste Behördensatelliten in Bayern. . . . .	2
Förderung von Demokratie, Frieden und Entwicklung durch Partnerschaft und Vertrauen . . . . .	2
Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte . . . . .	3
<b>GZ-Kolumne Josef Mederer:</b> <b>Bezirke bieten alle Hilfen aus einer Hand . . . . .</b>	<b>3</b>
Eine Welt zu Gast in Nürnberg . . . . .	3
Mundart in bayerischen Kitas . . . . .	4
<b>Kommunale Finanzthemen . . . . .</b>	<b>5-7</b>
<b>Wasser • Abwasser . . . . .</b>	<b>8-9</b>
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	10-12

Landtags- und Bezirkswahlen in Bayern:

## Stimmeneinbußen für die Volksparteien

Mit 37,2 Prozent hat die CSU bei den Landtagswahlen in Bayern ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 hinnehmen müssen. Wie schon 2008, als die Christlich Soziale Union eine Koalition mit der FDP bildete, ist sie nun wieder auf einen Koalitionspartner angewiesen. Nach Sondierungen mit Freien Wählern und Grünen strebt die Partei ein bürgerliches Bündnis an. Stimmeneinbußen musste die CSU auch bei den Bezirkswahlen hinnehmen. Gleichwohl holte sie in allen Bezirken erneut die meisten Stimmen und sicherte sich in fast allen Regierungsbezirken die Direktmandate.

Die SPD halbierte bei den Landtagswahlen ihr Ergebnis von 2013 und landete bei 9,7 Prozent. Zweitstärkste Kraft wurden die Grünen mit 17,5 Prozent, es folgten die Freien Wähler mit 11,6 Prozent und die AfD mit 10,2 Prozent. Die FDP schaffte den Einzug ins Maximilianeum knapp mit 5,1 Prozent.

### Ergebnisse aus den Bezirken

Bei den Bezirkswahlen legten Grüne und Freie Wähler kräftig zu. In allen Gremien sitzen zudem Vertreter von FDP und Linken. Auch die ÖDP gehört vier Gremien, die Bayernpartei drei und die Franken einem Gremium an. Erstmals in allen sieben Regionalparlamenten vertreten ist die AfD.

Konkret votierten in Oberbayern für die CSU 31,1 Prozent der Wähler – ein Verlust von 13 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013. Die Grünen gewannen 10 Punkte hinzu und kamen auf 21,4 Prozent. Drittstärkste Kraft wurden die Freien Wähler mit 12 Prozent (plus 2,6 Punkte) vor der SPD mit 9,6 Prozent (minus 9,4 Punkte). Die AfD erhielt auf Anhieb 8,5 Prozent der Stimmen.

In Niederbayern kam die CSU auf 39,0 Prozent der Stimmen (2013: 49,8). Die Freien Wähler wurden mit 16,4 Prozent zweitstärkste Kraft – nach 11,9 Prozent vor fünf Jahren, gefolgt von der AfD mit 12,9 Prozent. Die Grünen kamen auf 9,7 Prozent (2013: 5,7). Die SPD verlor mehr als die Hälfte der Stimmen und landete bei 8,0 Prozent.

Mit 37,5 Prozent erzielte die CSU in der Oberpfalz 10 Punkte weniger als vor fünf Jahren. Das zweitbeste Ergebnis erreichten die Freien Wähler mit 17,6 Prozent (plus 5 Punkte). Die AfD

landete bei 12 Prozent und damit knapp vor den Grünen (11,6 Prozent - plus 5,2 Punkte). Die SPD büßte 10,5 Punkte ein und erreichte 9,3 Prozent.

In Schwaben erhielt die CSU 36,5 Prozent - 10,5 Punkte weniger als 2013. Die Grünen eroberten mit 16,5 Prozent (plus 8 Punkte) den zweiten Platz vor den Freien Wählern mit 14,9 Prozent (plus 2,1 Punkte). Die AfD holte 11,1 Prozent der Stim-

### Söder und Füracker:

## Erste Behördensatelliten in Bayern

Bessere Vereinbarkeit von Familie & Beruf, weniger Pendlerverkehr / Erste Standorte: Aichach, Altötting, Bad Aibling, Landsberg am Lech und Schwandorf

Das von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker vorgelegte Konzept „Behördensatelliten“ verabschiedete nunmehr der Ministerrat. „Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und gleichzeitig Pendlerströme reduzieren“, stellte Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Rahmen der Kabinettsitzung klar. Daher werden in einem ersten Pilotverfahren an den fünf Standorten Aichach, Altötting, Bad Aibling, Landsberg am Lech und Schwandorf Arbeitsplätze in sogenannten Behördensatelliten eingerichtet.

Nutzen kann sie jeder Fernpendler, der beim Freistaat Bayern beschäftigt ist, sofern die Aufgaben ein Tätigwerden außerhalb der Dienststelle zulassen. So sollen die einpendlerstärksten Regionen München, Nürnberg und Regensburg entlastet werden. „Knapp die Hälfte aller Verwaltungsmitarbeiter mit Dienststuhl in München hat seinen Wohnsitz außerhalb des Stadtgebiets. Wir wollen, dass die Menschen Zeit mit der Familie verbringen, statt auf der Straße oder im Zug“, so Söder weiter.

### Arbeitsplätze für Fernpendler

In Behördensatelliten werden Fernpendlern tageweise Arbeitsplätze außerhalb der Dienststelle ressortübergreifend zur Verfügung gestellt. Die ersten Behördensatelliten starten voraussichtlich in 2019/2020. Ab dem Jahr 2021 ist eine Evaluierung dieses Pilotprojektes vorgesehen. Falls sich das Verfahren bewährt, ist eine Ausweitung auf weitere Regionen möglich.

### Familienfreundlichkeit

Der Freistaat gehört damit zu den familienfreundlichsten Arbeitgebern in Bayern. Die Bedingungen für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine familienfreundliche Arbeitswelt sind im öffentlichen Dienst in Bayern vorbildlich. „Mit der Einrichtung von Behördensatelliten wird es uns nun gelingen, die Lücke zwischen Arbeit am Dienort und Telearbeit zu schließen und damit ein zusätzliches Angebot für Bedienstete des Freistaats Bayern zu flexiblen Gestaltung ihrer Arbeit zu schaffen“, freute sich Staatsminister Füracker über den Beschluss des Bayerischen Kabinetts.

„Damit stehen pendelnden Bediensteten künftig mehrere Orte zur Verfügung, um ihren Dienst zu erbringen. Neben der Zeit- und Kostenersparnis für Pendler sollen Behördensatelliten dazu beitragen, das Verkehrsaufkommen und die Emissionen in den Großstädten Bayerns zu verringern“, fügte Füracker hinzu. „Die Arbeit in einem Behördensatelliten bietet den

Bediensteten ein professionelles Arbeitsumfeld, das mit modernster Technik auf Kosten des Arbeitgebers ausgestattet ist und gleichzeitig – anders als bei der Telearbeit zu Hause – den persönlichen Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen auch aus anderen Ressorts ermöglicht.“

Die Auswahl der Zielorte erfolgte anhand eines objektiven Kriterienkatalogs: Danach sollen Behördensatelliten außerhalb des Verdichtungsraumes und vor Stauorten liegen, ein hohes Pendlervolumen aufweisen und gut an das Verkehrsnetz angebunden sein.

Zur Nutzung der Behördensatelliten sind Bedienstete des Freistaats Bayern mit Dienststuhl in München, Nürnberg oder Regensburg berechtigt, sofern sie täglich mehr als 50 km einfache Strecke pendeln müssen.

In einem Behördensatelliten sollen bis zu 20 Arbeitsplätze untergebracht werden. □

### Gesundheitsministerin Melanie Huml:

## Startschuss zur Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin setzt auf deutlich mehr Interesse bei jungen Leuten am Pflegeberuf

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt darauf, dass mit der von der Bundesregierung beschlossenen Reform der Pflegeberufe zahlreiche junge Leute für diese wichtige Arbeit gewonnen werden können. Huml betonte: „Bayern hat heute mit einer Vertragsunterzeichnung in München den Startschuss zur Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung gegeben. Es ist klar, dass wir mehr Fachkräfte im Pflegebereich brauchen. Deshalb müssen die Pflegeberufe attraktiver werden – und genau das gelingt durch die geplanten Verbesserungen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Mit der Reform der Pflegeberufe wird die Pflegeausbildung zukunftsgerecht weiterentwickelt und durch die Vermittlung umfangreicher Kompetenzen an die veränderten Strukturen in der Pflege und die komplexen Anforderungen angepasst. Vorgesehen sind auch eine angemessene Ausbildungsvergütung, eine Modernisierung der Ausbildungsinhalte, eine bessere Ausstattung der Pflegeschulen und mehr Praxisanleitung im Ausbildungsbetrieb. Die durch die Generalistik geförderte stärkere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Pflegeberufen macht das Berufsbild zusätzlich attraktiv.“

### Umlagefinanzierter Ausgleichsfonds

Konkret wurde vom StMGP ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Pflegeausbildungsfonds Bayern GmbH i.Gr. unterzeichnet, um die Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung ab dem Jahr 2020 durch einen umlagefinanzierten Ausgleichsfonds sicherzustellen. Huml erläuterte: „Wir freuen uns, dass wir einen kompetenten Partner gewonnen haben, der diese schwierige und bedeutsame Aufgabe übernimmt. Durch die Beleihung der Fondsverwaltenden Stelle sind die Voraussetzungen für die Finanzierung der neuen Pflegeberufausbildung in Bayern geschaffen. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Pflegeberufereform getan.“

besserten sich leicht auf knapp 12,9 Prozent, während die Grünen ihren Stimmenanteil auf 12,5 Prozent mehr als verdoppelten. Die AfD sicherte sich 10,7 Prozent der Stimmen.

Mit 37,6 Prozent erzielte die CSU in Unterfranken mehr als 8 Punkte weniger als 2013. Die SPD kam auf 10,4 Prozent – ein Minus von 7,7 Punkten. Die Grünen erreichten 15,9 Prozent (plus 6,8 Punkte) vor den Freien Wählern (12,55 Prozent - plus 0,01 Punkte) und der AfD (9,6 Prozent).

### Hohe Wahlbeteiligung

Vom starken Interesse an der Landtagswahl (72,4 Prozent) konnten heuer auch die Bezirkstage profitieren: Die Wahlbeteiligung lag mit rund 70 Prozent in allen Regierungsbezirken deutlich über dem Schnitt der vergangenen Jahre. DK



v.l.n.r. Sebhalla Rhazi (ehem. Mitglied Verfassungsrat), Stiftungsvorsitzende Ursula Männle, Mohamed Benyahya (Mitglied königliches Kabinett / Direktor REMALD Marokkanische Zeitschrift für Lokalverwaltung und Entwicklung), Prof. Mchrafi (renommierter Verwaltungsrechtler Marokkos), im Gespräch Bild: HSS

### 30 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb:

## Förderung von Demokratie, Frieden und Entwicklung durch Partnerschaft und Vertrauen

Marrakesch/München. Mehrere Büros in Nordafrika zu eröffnen war vor 30 Jahren die richtige Entscheidung der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung. Das Engagement der Stiftung bezieht sich seither auf die „Förderung von Demokratie, Frieden und Entwicklung durch Partnerschaft und Vertrauen“. Unter diesem Leitmotiv begingen die Stiftungsbüros in Rabat und Tunis zusammen mit ihren Partnern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Ende September in Marrakesch das Jubiläum und blickten gemeinsam zurück auf drei Jahrzehnte Tätigkeit in Tunesien, Marokko, Algerien sowie Libyen und Mauretanien.

„In Zeiten der politischen und gesellschaftlichen Transformation, geprägt von enormem Konsenswillen, konnte die Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb einen wichtigen Beitrag bei der schrittweisen Demokratisierung leisten“, sagte Stiftungsvorsitzende Prof. Ursula Männle beim Festakt in Marrakesch und würdigte damit auch die Arbeit der Projektpartner in den nordafrikanischen Ländern.

Am Festakt nahmen hochrangige Vertreter aus der tunesischen, marokkanischen und algerischen Politik sowie der Zivil-

gesellschaft teil. Sie Hanns-Seidel-Stiftung hatte sich in den letzten Jahren im Maghreb vor allem bei der Verankerung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien in den neuen Verfassungen Marokkos und Tunesiens engagiert sowie politische Reformprozesse nachhaltig unterstützt. Dies gilt für die Neuordnung der Gebietskörperschaften, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligter Regionen und von Frauenrechten. Mehr zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb unter www.hss.de/weltweit-aktiv. □

### Deutschland anhand des Einbürgerungstests erklärt:

## „Liebe Rana, lieber Achmed“

Kommunal- und Schul-Verlag veröffentlicht Integrationshilfe

„Indem ich Euch die Stärken, die Schwächen und die Gefährdungen unserer Demokratie darstelle, möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, dass Ihr beide Euch als deutsche Staatsbürger für unsere Demokratie engagieren könnt, so dass sie stabil und lebenswert bleibt.“

So endet die Einleitung des Buches „Liebe Rana, lieber Achmed“ von Ortlieb Fliedner, der seine ehemaligen Nachbarn und Freunde, ein aus Syrien stammendes Ehepaar, mithilfe von Briefen auf den Einbürgerungstest vorbereitet. Rana und Achmed hatten ihn um Hilfe gebeten, da sie sich vertieft mit den Hintergründen der Testfragen befassen wollten. Bürgermeister a. D. und Rechtsanwalt Fliedner stellt anhand der Fragen des Einbürgerungstests anschaulich die wichtigsten Aspekte unserer realen Demokratie in Deutschland dar und erklärt ihre Hintergründe.

„Da es bisher kaum Vergleich-

auch die Pflegeversicherungen und der Freistaat zahlen in den Ausgleichsfonds ein, aus dem die Träger der praktischen Ausbildung und die Pflegeschulen sodann Ausgleichszuweisungen erhalten.

Künftig leisten also alle Akteure, die von der Ausbildung profitieren, einen finanziellen Beitrag dazu – auch diejenigen Einrichtungen, die nicht selbst ausbilden. Die Pflegeausbildungsfonds Bayern GmbH wird den Ausgleichsfonds verwalten und die Einzahlungen und Ausgleichszuweisungen veranlassen. □

bares an Literatur für die Anwärter auf die deutsche Staatsbürgerschaft gab,“ so Fliedner,

„machte ich mich auf die Suche nach einem Verlag und freute mich, dass nun mit der Veröffentlichung im Kommunal- und Schul-Verlag meine Erläuterungen allen Einbürgerungswilligen und ihren Betreuerinnen und Betreuerinnen aus der Zivilgesellschaft zugänglich gemacht werden.“

Die Relevanz und Aktualität des Buches bestehen vor allem darin, dass in der derzeit teilweise hitzig geführten Debatte um Integration, Integrationswillen oder um die sogenannten Parallelgesellschaften eine ansprechende und verständliche Darstellung der Wertegrundlagen unserer Demokratie vorgelegt wird. Das Buch ist deshalb auch gut für den politischen Unterricht in den Schulen geeignet.

Der Autor Dr. Ortlieb Fliedner war hauptamtlicher Bürgermeister in Marl, Nordrhein-Westfalen, und ist Rechtsanwalt. Er hat zahlreiche Abhandlungen zu den Themen Recht, Politik und Demokratie veröffentlicht.

### Bibliografische Angaben:

Ortlieb Fliedner, „Liebe Rana, lieber Achmed“, 210 Seiten, kartoniert, 19,90 EUR, ISBN 978-3-8293-1407-7. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Bauer  
95685 Falkenberg  
am 28.10.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Cornelius Griebel  
86856 Hiltenfingen  
am 3.11.

Bürgermeister Franz Reichold  
93426 Roding  
am 6.11.

Bürgermeister Josef Hasenberger  
84364 Bad Birnbach  
am 7.11.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Oberauer  
83131 Nußdorf am Inn  
am 1.11.

Bürgermeister Thomas Kneipp  
96272 Hochstadt a. Main  
am 2.11.

Bürgermeister Max König  
94163 Saldenburg  
am 6.11.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Andreas Feller  
92421 Schwandorf  
am 29.10.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte:

## Breites Themenspektrum aus der kommunalen Praxis

Auf Einladung des Landsberger Oberbürgermeisters Mathias Neuner trafen sich die Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte zum Erfahrungsaustausch in Landsberg am Lech. Die Tagesordnung hielt ein breites Themenspektrum bereit: Beitragswesen, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Baulandmobilisierung, Vergaberecht, Datenschutzgrundverordnung, Schwimmbadförderung und Förderung von Kindertagesstätten, Asyl und Integration, Digitalisierung, Personalgewinnung, öffentliche Sicherheit oder neue Mobilitätskonzepte.

Die Städte befinden sich inmitten neuer und immer komplexerer Herausforderungen und äußerer Einflüsse, die sie mit der bestehenden Personal- und Finanzmittelausstattung bewältigen müssen.

### Landesmittel zum Erhalt des Straßennetzes

Der Bayerische Landtag hat die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Für viele Städte und Gemeinden waren die Straßenausbaubeiträge ein bislang unverzichtbares Finanzierungssystem für die Erhaltung der örtlichen Verkehrswege. Im Gegenzug sollen den Städten und Gemeinden zukünftig Landesmittel für die Aufrechterhaltung des Straßennetzes in Gestalt von pauschalen Finanzierungsbeteiligungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Mittelausstattung basiert auf Berechnungen der vergangenen Jahre, in denen auch wegen der infolge der politischen Diskussionen und der kurz aufeinanderfolgenden Novellen des Kommunalabgabengesetzes Ungewissheit über den Fortbestand der Straßenausbaubeiträge bestanden hatte. Überdies hat in den kommenden Jahren ein zunehmend größerer Teil des kommunalen Straßennetzes ein Alter erreicht, das Sanierungen notwendig macht. Diese Umstände und Entwicklungen sind in der Mittelausstattung nicht berücksichtigt worden. Nach der Schätzung der Kommunen sind die angekündigten 65 Millionen Euro um ein Vielfaches zu gering angesetzt.

### Einheitlicher Einheitsaktenplan

Die Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte sehen Bedarf für eine einheitliche Lösung beim Einheitsaktenplan.

Der früher vom bayerischen Innenministerium als Bekanntmachung veröffentlichte Einheitsaktenplan wird seit 2003 von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns herausgebracht. Er ist 2007 und 2011 teilweise fortgeschrieben worden und gilt inzwischen bereits wieder als veraltet. Viele neue Entwicklungen und Aufgabenerweiterungen der Kommunen sind nach Ansicht der Oberbürgermeister im Einheitsaktenplan nur unzureichend abgebildet. Da sich viele Städte mit einem Datenmanagementsystem befassen, sind einheitliche und aktuelle Vorgaben zur Orientierung oder Übernahme hilfreich.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Gewinnung von Fachkräften für die öffentliche Verwaltung: Wegen der über Jahre hinweg boomenden Konjunktur und der Vollbeschäftigung in manchen Regionen bietet die freie Wirtschaft gute Jobmöglichkeiten und Bezahlung – der öffentliche Dienst verliert somit an Attraktivität als Arbeitgeber.

### Gewinnung von Fachkräften

Einzelne Städte versuchen, den potenziellen Nachwuchs bereits im früheren Alter auf die öffentliche Verwaltung aufmerksam zu machen und für eine Anstellung zu werben. Dabei sollen auch die Potenziale in den Mittelschulen durch Qualifikationsmaßnahmen genutzt werden. Allgemein gilt es, in den kommunalen Verwaltungen ein positives Arbeitsklima beispielsweise durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu schaffen.

Die nächste Tagung der Arbeitsgemeinschaft findet im Oktober 2019 in Rothenburg ob der Tauber statt. Schwerpunkt soll Baulandmobilisierung, Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sein.

IBdBSt

Dr. Florian Herrmann:

## Geniale Ideen mit Mut und Kreativität realisiert

Staatsminister ehrt bayerische Preisträger des Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen 2018“

Dr. Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten, hat zwölf Preisträger aus Bayern in der Staatskanzlei in München empfangen, die beim diesjährigen bundesweiten Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ prämiert worden sind. Unter dem Motto „Welten verbinden – Zusammenhalt stärken“ hat der Wettbewerb 100 innovative Projekte aus ganz Deutschland gewürdigt, die einen besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, darunter auch zwölf Projekte aus Bayern.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann: „Den Menschen, die wir heute auszeichnen, gebührt unser doppelter Dank: Zum einen für ihre geniale Idee, und umso mehr für den Mut und die Kreativität, diese auch zu realisieren. Unsere Gesellschaft wird in erster Linie durch Handlungen und Tatkraft verbessert. Bayern ist Land der Forschung, der Entwicklung und der Innovationen.“

Die zwölf bayerischen Preisträger stehen für diesen Erfindergeist und sind Innovationsmotor für den Freistaat. Sie sind Vorbild und Motivator für andere, und ich freue mich, Ihnen im Namen des Freistaats Bayern heute meine Anerkennung auszusprechen.“ Auch Ute Weiland von Deutschland – Land der Ideen und Bernd Sauter von der Deutschen Bank gratulierten den Siegern.

### Die bayerischen Preisträger:

- Assistenzroboter German Bionic CRAY X (Augsburg), [www.germanbionic.com](http://www.germanbionic.com)
  - Thriving Green – Spirulina-zucht in Ostafrika (Regensburg), [www.thriving-green.com](http://www.thriving-green.com)
  - Wasserfiltermethode Hydro Solution (Regensburg), [www.hydrosolution.org](http://www.hydrosolution.org)
  - FASE – Finanzierungsagentur für Social Entrepreneurship (München), [www.fa-se.de](http://www.fa-se.de)
  - Integrationsdienstleister SocialBee (München), [www.social-bee.eu](http://www.social-bee.eu)
  - Intelligenter Parkplatz-Sensor ParkHere (München), [www.parkhere.eu](http://www.parkhere.eu)
  - Userlane – Wie Software für jeden verständlich wird (München), [www.userlane.com](http://www.userlane.com)
  - rfrnz – digitale Vertragsanalyse für Juristen (München), [www.rfrnz.com](http://www.rfrnz.com)
  - Sozialunternehmen EinDollar Brille (Erlangen), [www.eindollar-brille.de](http://www.eindollar-brille.de)
  - Schaeffler Origin-Check App (Schweinfurt), [www.schaeffler.de](http://www.schaeffler.de)
  - GlobalMatch – Suchportal für internationale Projektpartner (Gablingen), [www.globalmatch.me](http://www.globalmatch.me)
  - Kernspinresonanzverfahren unter Hochdruck (Bayreuth), [www.bgi.uni-bayreuth.de](http://www.bgi.uni-bayreuth.de)
- Infos den Preisträgern: [www.ausgezeichnete-orte.de](http://www.ausgezeichnete-orte.de)

## Eine Welt zu Gast in Nürnberg

Mehr als 100 Teilnehmer aus verschiedenen deutschen Städten und deren lateinamerikanischen Partnerstädten werden zur zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik“ in Nürnberg erwartet.

Im Zentrum der dreitägigen Veranstaltung stehen die Vernetzung und der Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren zu den unterschiedlichen Themen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel ist es, mithilfe von interaktiven Workshops und Diskussionsrunden den Erfahrungsaustausch zwischen den internationalen Teilnehmenden anzuregen und neue Impulse für die praktische Partnerschaftsarbeit zu setzen. Veranstalter ist die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg.

Inhaltlich wird es insbesondere um die verschiedenen Themen der Agenda 2030 – wie Umwelt und Klimawandel – und deren Bedeutung für die kommunale Ebene gehen. In Anlehnung an Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte ist ebenso vorgesehen die Menschenrechtsthematik, mithilfe eines Workshop und eines Vortrag von Dr. Michael Krennerich, von der Universität Nürnberg-Erlangen, mit in die Diskussion aufzunehmen.

Insgesamt werden rund 30 Städte und Gemeinden aus der gesamten Bundesrepublik sowie 20 lateinamerikanische und karibische Kommunen an der Konferenz teilnehmen, darunter fünf neue Partnerschaften zwischen deutschen und argentinischen Städten. Die lateinamerikanischen Gäste kommen unter anderem aus den Ländern Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Jamaika, Kolumbien und Nicaragua. Aus Nürnbergs Partnerstadt San Carlos in Nicaragua wird ebenfalls eine mehrköpfige Delegation erwartet.

Eröffnet wird die Konferenz am Montag, 29. Oktober 2018, durch Dr. Clemens Gsell, Bürgermeister der Stadt Nürnberg sowie Kurt Michael Baudach, Abteilungsleiter der SKEW. Infos: [skew.engagement-global.de/konferenz-kommunale-partnerschaften-mit-lateinamerika-und-der-karibik.html](http://skew.engagement-global.de/konferenz-kommunale-partnerschaften-mit-lateinamerika-und-der-karibik.html)

GZ

KOLUMNE  
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



In wenigen Tagen geht die laufende Amtsperiode auch für die sieben bayerischen Bezirkstage zu Ende. In den einzelnen Bezirksverwaltungen werden die konstituierenden Sitzungen für die neu gewählten Bezirkstage vorbereitet. Für mich als Präsident an der Spitze des kommunalen Spitzenverbandes Bayerischer Bezirkstags waren es ebenso spannende wie herausfordernde fünf Jahre. Jahre, in denen wir bis zum heutigen Tag in für uns wichtigen Bereichen der Sozial- und Gesundheitspolitik eine Vielzahl wegweisender Projekte initiiert und am Ende erfolgreich umgesetzt haben.

2013 gab es weder ein Bundesteilhabegesetz, noch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

## Bezirke bieten alle Hilfen aus einer Hand

(PsychKHG) für Bayern. Und auch eine Modernisierung und Anpassung an die heutigen Erfordernisse durch ein modernes Maßregelvollzugsgesetz für die Forensik in unseren psychiatrischen Einrichtungen stand damals erst am Anfang einer breiten und differenzierten Diskussion. Heute kann ich feststellen, dass wir als Bezirke und Bayerischer Bezirkstag im engen Schulterschluss mit vielen, die an unserer Seite standen, all diese wichtigen Vorhaben haben realisieren können.

Im Bereich des PsychKHG ist es mir immer ein besonderes Anliegen gewesen, in möglichst naher Zukunft einen flächendeckenden Krisendienst für Menschen in psychischen Notlagen zu etablieren. Dank unseres beherzten Einsatzes für dieses wichtige Anliegen hat der Freistaat Bayern der dritten kommunalen Ebene die Aufgabe übertragen, ein solches Netzwerk an Krisendiensten zu schaffen und beteiligt sich an den Kosten, indem er für die Leitstellen aktuell 7,7 Millionen Euro pro Jahr bereitstellt. Diese Hilfe ist aus meiner Sicht ein Meilenstein und schließt eine Versorgungslücke, die unbedingt geschlossen werden musste. Denn der Krisendienst wird dazu beitragen, Menschen in besonderen psychischen Notsituationen frühzeitig aufzufangen. Dabei ist mir besonders wichtig, dass dadurch viele zwangsweise Unterbringungen in Zukunft sicher vermieden werden können.

Ein weiteres großes Projekt ist das Bundesteilhabegesetz, das wir als Bezirke schließlich auch zu einem Erfolg machen konnten. In diesem neuen Gesetz finden sich viele Passagen, die wir bereits in unserem Papier „15 Eckpunkte für ein Bundesteilhabegesetz“ vor zwei Jahren gefordert hatten. So ist dieses Gesetz

vor allem ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Denn Inklusion bedeutet Teilhabe für alle und damit auch ein Mehr an Eigenständigkeit für die Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz und in der Freizeit.

Vor kurzem haben wir eine weitere herausfordernde Aufgabe übernommen: Seit dem Frühjahr sind die sieben bayerischen Bezirke nicht nur wie bisher für die stationäre Hilfe zur Pflege zuständig, sondern nun auch für die ambulanten Hilfen. Damit werden im besten Sinne des Wortes Hilfen aus einer Hand organisiert und auch finanziert.

Ein Punkt liegt mir dabei besonders am Herzen: Die Bezirke und auch der Bayerische Bezirkstag treten mit allem Nachdruck für die Einrichtung von flächendeckenden Pflegestützpunkten für ganz Bayern ein. Das bayerische Teilhabegesetz sieht vor, dass Bezirke, kreisfreie Städte und Landkreise verstärkt kooperieren sollen, um ihre Angebote für die Menschen vor Ort zu bündeln. Bisher fehlt eine solche Vernetzung noch an vielen Stellen.

Umso wichtiger ist es, dass es uns mittelfristig gelingt, in der gesamten Fläche Beratungsstellen aufzubauen, an die sich Pflegebedürftige oder deren Angehörige wenden können. Das ehrgeizige Ziel ist, etwa bis zum Jahr 2020 bayernweit ein Pflegestützpunktsystem aufzubauen, das die Grundlage für eine flächendeckende Versorgung sein soll. Ich weiß aber auch, dass dies nur dann erfolgreich sein wird, wenn es uns gelingt, alle Akteure, also Kranken- und Pflegekassen, die Landkreise und kreisfreien Städte wie die bewährten Fachstellen für pflegende Angehörige mit in dieses gemeinsame Boot zu bekommen.

So haben wir in der zu Ende gehenden Amtsperiode viele wichtige Projekte und Herausforderungen gemeistert, sehr oft über alle Parteigrenzen hinweg, wie es in den bayerischen Bezirken gute Tradition ist. Damit können und werden wir uns aber nicht zufrieden geben, denn weitere große Aufgaben, etwa im Bereich der Pflege, im Bereich des Förderschulsystems – ich nenne hier das Stichwort der Schulbegleiter – und viele andere Projekte liegen vor uns. Ich darf Ihnen versichern, dass wir uns als bayerische Bezirke und als Bayerischer Bezirkstag auch in den kommenden Jahren als schlagkräftiger sozialpolitischer Partner und als engagierter Anwalt der Regionalkultur positionieren, unabhängig vom individuellen Wahlausgang und parteilichen Konstellationen. Denn ihre Orientierung an der fundierten, sachlichen Zusammenarbeit hat die Bezirke in der Vergangenheit ausgezeichnet und wird dies auch in Zukunft tun.

Ihr Josef Mederer

Präsident des Bayerischen Bezirkstags  
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

Landesversammlung der Frauen-Union Bayern:

## „Die Frauenfrage kommt bei uns voran wie eine Schnecke“

FU übt Kritik an geringem Frauenanteil der CSU bei Wahlen  
Antrag zur Änderung des Nominierungsverfahrens

Die Forderung nach umfassenden Konsequenzen aus dem für die CSU enttäuschenden Wahlergebnis stand im Mittelpunkt der diesjährigen Landesversammlung der Frauen-Union Bayern (FU). Vor allem der geringe Frauenanteil der neuen Landtagsfraktion wurde in allen Wortbeiträgen thematisiert.

„Für eine Volkspartei ist ein solches Ergebnis nicht akzeptabel“, erklärte die FU-Landeschefin Dr. Angelika Niebler und forderte wie die oberbayerische CSU-Bezirksvorsitzende Ilse Aigner eine Strategie, um mehr Frauen in Direktmandate zu bringen. Mit Blick auf die neue Staatsregierung sagte Angelika Niebler, einen geringeren Frauenanteil als im letzten Kabinett dürfe es nicht geben, und sprach sich bei der Listenaufstellung zur Europa-Wahl für die paritätische Besetzung des Spitzenblocks und mindestens einen 40-prozentigen Frauenanteil bei den folgenden Kandidatenblöcken aus.

Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten für einen Antrag aus, das Nominie-

nungsverfahren für Stimmkreisbewerber innerhalb der CSU dahingehend zu ändern, dass die Ergebnisse von Aufstellungsverfammlungen nur dann bindend seien, wenn je mindestens 40 Prozent Männer und Frauen stimmberechtigt seien.

### Frauen wollen Frauen wählen

Stehende Ovationen der rund 300 Delegierten und Gäste der FU-Landesversammlung erhielt die CDU-Generalsekretärin, Annegret Kramp-Karrenbauer, die als Gastrednerin nach München gekommen war. „Frauen wollen nicht nur angesprochen und vertreten werden, Frauen wollen Frauen wählen.“, erklärte sie und ergänzte: „Ohne Frauen ist keine Volkspartei möglich.“

Sie bot den CSU-Frauen an, gemeinsam Lösungskonzepte zu erarbeiten, um die Beteiligung von Frauen in Ämtern und Mandaten zu steigern.

Zugleich mahnte die CDU-Generalsekretärin eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Grünen an. Darüber hinaus sei es für die beiden Schwesterparteien der Union zwingend, sich gegen den linken und den rechten Rand abzugrenzen und als lebendige Volksparteien die notwendige Themenvielfalt und vor allem die Alltagsthemen der Menschen im Blick zu behalten.

Selbstkritisch äußerte sich auch CSU-Generalsekretär Markus Blume, der bei der FU-Landesversammlung zu Gast war, zum Ergebnis der Landtagswahl und versprach, dass die CSU nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen nicht zur Tagesordnung übergehen werde. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die CSU „jünger und weiblicher“ werden müsse. Er appellierte an die Delegierten, mit Verbesserungsvorschlägen dazu beizutragen, dass die CSU als Volkspartei „zu alter Stärke“ zurückkehre und die Anliegen der Menschen in Stadt und Land angemessen repräsentiere.

## Verfassungsauftrag ...

(Fortsetzung von Seite 1) steuerreform müsse endlich zügig angegangen werden. Zudem seien die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erhebung einer Grundsteuer C („Baulandsteuer“) sind zu schaffen.

Der allseits beklagte Flächenverbrauch muss laut Brandl mit den richtigen Instrumenten gemindert werden. Die Bayerischen Städte und Gemeinden sehen den zentralen Schlüssel zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme seit langer Zeit in der Innenentwicklung, den hierfür notwendigen bauleitplanerischen Steuerungsinstrumenten, dem gemeindlichen Flächenzugriff auf Brachflächen im Siedlungsbereich sowie in zielführenden Anreizsystemen, die zur Mobilisierung nicht genutzter Flächen führen.

### Innenentwicklungspotenzial

Um das Innenentwicklungspotenzial, das in den Städten und Gemeinden zweifellos vorhanden ist, zu heben, müssten die Städte und Gemeinden auch die dazu erforderlichen rechtlichen Instrumente erhalten. Dazu bedürfe es einer gesetzgeberischen Initiative, je nach Regelungsmaterie in Bund und Land. Der Bayerische Gemeindetag hat dazu ein umfangreiches Forderungspapier mit konkreten Vorschlägen erarbeitet. Der Freistaat sei aufgefordert, diese Vorschläge zügig umzusetzen und sich auf Bundesebene aktiv für die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen einzusetzen.

Ferner habe der Freistaat dafür Sorge zu tragen, dass in der Bildung kein Zweiklassensystem entsteht, in dem sich analoge und digitale Unterrichtsführung und Wissensvermittlung gegenüberüberstehen. „Was wir brauchen, ist ein pädagogisch didaktisches Digitalkonzept, das hilft, Fehlinvestitionen zu vermeiden, eine spätere Vernetzung der gesamten Schullandschaft zu ermöglichen und die aktuell entstehenden Insellösungen zu unterbinden“, so Brandl.

Dazu gehöre zwingend, dass die Schulen ihre Systeme selbst und eigenverantwortlich administrieren. Die Systembetreuer müssten Pädagogen sein. Nur sie könnten die Struktur von der gewollten Anwendung her entwickeln und steuern. Dazu brauche es pro Schule mindestens eine entsprechende ausgebildete pädagogische Fachkraft und die erforderlichen Anrechnungs- oder Freistunden. Für den Hauptverantwortlichen muss es aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags Anreize geben, eine Beförderungsstelle muss geschaffen werden – „zum Beispiel eine weitere Konrektorstelle, die die Systemadministration und die interne Fortbildung verantwortet“.

### Ausbau der digitalen Infrastruktur

Zwingend auszubauen sei zudem die digitale Infrastruktur. Die Strategie des schrittweisen Ausbaus der Glasfaser müsse konsequent weitergehen. Das bayerische Breitbandförderprogramm sei weiterzuführen. In diesem Zusammenhang müssten auch Online-Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft konsequent weiter ausgebaut werden. Dazu sei ein eigenes Förderprogramm aufzulegen.

Ausbildungszeiten für das notwendige Fachpersonal in Kindertageseinrichtungen sollten verkürzt, die Ausbildungskapazitäten ausgebaut und im Ausland erworbene Qualifikationen anerkannt werden. „Nur so wird man Kinderbetreuung in

Zukunft sicherstellen können“, zeigte sich der Präsident überzeugt.

Es gelte darüber hinaus, Asylverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die vorgesehene Einführung zentraler Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen werde ebenso begrüßt wie die Begrenzung des Familiennachzugs bei subsidiär Geschützten. Fehlbeleger müssten weiterhin in staatlichen Unterkünften verbleiben dürfen; ihre Unterbringung sei keine kommunale Aufgabe.

Gerade in den ländlichen Räumen sei der Öffentliche Personennahverkehr verbesserungswürdig, führte Brandl weiter aus. Dazu sollte das Schienennetz erhalten und bedarfsgerecht ergänzt werden. Streckenstilllegungen und der Rückbau der bestehenden Schieneninfrastruktur dürften kein Thema (mehr) sein. Die Reaktivierung von aufgegebenen Strecken sei angesichts von Verkehrskollapsen auf den Straßen neu zu überdenken.

Ferner forderte der Bayerische Gemeindetag den Freistaat Bayern auf, der Trinkwasserqualität den absoluten Vorrang vor den Interessen derjenigen einzuräumen, die aufgrund höherer Standards beim Grundwasserschutz ihre Bewirtschaftungsweisen anpassen müssen.

### Attraktivität des Öffentlichen Diensts stärken

Nach Ansicht des Kommunalverbands sollte die Entscheidung für den Ausbau flächenverbrauchender erneuerbarer Energieanlagen bei den Gemeinden liegen. Es dürfe keine erneute Änderung der Rechtslage für die Windkraftanlagen in Planung geben. Auch sollte die Bayerische Staatsregierung eine Strategie zur Stärkung der Attraktivität des Öffentlichen Diensts entwickeln, die sich auch auf den kommunalen Bereich erstreckt. Und schließlich sollten die Kommunalen Spitzenverbände ein unmittelbares Anhörungsrecht bei den Rechtssetzungsverfahren auf EU-Ebene bekommen; dafür soll sich der Freistaat Bayern einsetzen.

„Bayern braucht starke Gemeinden – das ist unser Auftrag“, unterstrich Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann vor den Delegierten. „Unsere Gemeinden in Bayern sind vor allem Garant für Bürgernähe und soziales Miteinander.“ Aufgrund der Sachnähe und Kenntnis der konkreten Umstände vor Ort könnten die bayerischen Gemeinden viele Aufgaben wesentlich besser und effektiver erledigen, als staatliche Behörden. „Deshalb“, so Herrmann, „macht sich die Bayerische Staatsregierung mit Nachdruck für das Wohlergehen unserer Kommunen stark“.

### Kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung

Eine zentrale Rolle spielen Herrmann zufolge die Finanzen. Die Finanzlage bayerischer Kommunen sei deutlich besser als in den meisten anderen Bundesländern. „Das liegt auch an der kommunalfreundlichen Politik der Staatsregierung, die mir ganz persönlich außerordentlich am Herzen liegt“, stellte der Minister fest.

Laut Herrmann sind die kommunalen Steuereinnahmen im Freistaat im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nochmals um 6,7 Prozent gestiegen. Die Finanzausgleichsleistungen steigen in diesem Jahr kräftig auf die neue Rekordsumme von 9,53 Milliarden Euro (+6,9 Pro-

zent). Wie Herrmann erläuterte, gehören zu den Schwerpunkten insbesondere der Anstieg der Schlüsselzuweisungen um nochmals mehr als 300 Millionen Euro auf nunmehr 3,66 Milliarden Euro, die spürbare Anhebung der Krankenhausfinanzierung um 140 Millionen Euro auf rund 643 Millionen Euro und der Anstieg der Investitionspauschale um 40 Millionen Euro auf 446 Millionen Euro.

### Leistungen auf Rekordniveau verstetigen

Der Kommunalminister versicherte, dass die Staatsregierung die Anliegen aller kommunalen Ebenen auch für den kommunalen Finanzausgleich 2019 sehr ernst nimmt: „Bei unserem jährlichen Spitzengespräch mit den Spitzenverbänden werden wir darüber beraten, wie wir die Leistungen auf dem heutigen Rekordniveau verstetigen und bedarfsgerecht anpassen können.“

Als ein Beispiel, wie das bayerische Innenministerium den Kommunen unter die Arme greift, nannte Herrmann die Unterstützung der Gemeinden und Landkreise beim Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen und bei der Errichtung von Feuerwehrgerätehäusern. Von 2013 bis 2017 seien insgesamt mehr 184 Millionen Euro an Fördergeldern ausbezahlt worden. „2017 hatten wir ein Zehn-Jahres-Hoch in der Förderung“, so der Minister. „Mit mehr als 51 Millionen Euro lag die Förderung 2017 rund 18 Millionen Euro höher als im Vorjahr, eine beachtliche Steigerung von mehr als 50 Prozent.“

Wie die Bürger die Kommunalpolitik wahrnehmen und bewerten, legte Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer des Forsa-Meinungsforschungsinstituts, dar. Kommunalpolitik, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, wird von den Parteispitzen nicht ernst genommen. Hier sieht Prof. Güllner einen Grund für den Anstieg von Nichtwählern.

### Hände weg von weiteren Einschränkungen

Die diesjährige Arbeit der Geschäftsstelle ließ schließlich der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dirnberger, Revue passieren. Mit Blick auf die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen rückwirkend zum 1.1.2018 meinte er: „Den Gemeinden wird ein Instrument aus der Hand genommen, mit dem sie eigenverantwortlich über eine Einnahmenschaffung entscheiden konnten. Selbst wenn der Freistaat eine finanzielle Kompensation für die Kommunen schafft, würde das ein weiteres Stück Abhängigkeit von staatlichen Zuweisungen bedeuten. Deshalb muss für die Zukunft gelten: Hände weg von einer weiteren Einschränkung, gemeindliche Abgaben erheben zu dürfen – vor allem im Bereich des Erschließungsbeitragsrechts.“

Stichwort Düngeverordnung: Der Europäische Gerichtshof urteilte im Juni dieses Jahres, dass Deutschland bisher nicht genug gegen die hohe Nitratbelastung in seinen Gewässern unternommen hat und darin ein Verstoß gegen die Europäische Grundwasserrichtlinie liegt. Deutschland sei dringend gefordert, über das Düngerecht zusätzliche und verstärkte Maßnahmen zu treffen, um seine Gewässer und Grundwasservorräte zu schützen.

Im September hat das bayerische Kabinett nun die Bayerische Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung erlassen. Nach Dirnbergers Auffassung wird mit dieser Verordnung dem Schutzbedürfnis des Grundwassers und damit den bayerischen Trinkwasserrisiken nicht hin-

## Versorgung in der ...

(Fortsetzung von Seite 1) ben, damit die Landkreise den örtlichen Vereinen gegen geringes Entgelt weiterhin ihre Schulsporthallen zur Verfügung stellen können, ohne gleich in die Umsatzsteuerpflicht zu fallen. Auch gehe es darum, einen enormen Verwaltungsaufwand für die Landkreise und die Finanzämter zu verhindern.

Stichwort Grundsteuer: Nach Ansicht der bayerischen Landräte ist die heutige Grundsteuer ohne Reform Ende 2020 verfassungswidrig. Für die Kommunen sei das deswegen so brisant, weil die Einnahmen aus der Grundsteuer eine unverzichtbare kommunale Finanzierungsquelle sind. Entsprechend vehement fordern sie vom Bund, dass das neue Gesetz bis Ende 2019 beschlossen sein muss. Wie Präsident Bernreiter feststellte, betragen die Einnahmen aus der Grundsteuer in Bayern 1,8 Mrd. Euro und stellen eine unverzichtbare Finanzierungsquelle der Kommunen dar. Bundesweit sind es 14 Mrd. Euro. Aus diesem Grund bat er den Bundesfinanzminister, bis Ende 2019 gemeinsam mit den Kom-

reichend Rechnung getragen. Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte als zuständige Trinkwasserversorger hätten erwartet, dass Wasserschutzgebiete und deren Einzugsgebiete, in denen im Grundwasser mehr als 50 mg Nitrat je Liter oder mehr als 37,5 mg Nitrat je Liter ohne fallenden Trend festgestellt worden sind, zu besonders schutzwürdigen Gebieten erklärt werden. Dies sei leider nicht flächendeckend geschehen.

### Überarbeitung des LEP

Einer grundlegenden Überarbeitung bedarf laut Dirnberger auch das LEP. Das Landesentwicklungsprogramm müsse sich darauf konzentrieren, eine Vision für ganz Bayern zu beschreiben und Umsetzungsmaßnahmen zu benennen.

Vor allem werde das gegenwärtig geltende „Zentrale-Orte-System“ der Lebenswirklichkeit nicht mehr gerecht. Notwendig sei hier eine Neuformulierung unter Einbindung der Wissenschaft und der kommunalen Spitzenverbände. Nur so könne erreicht werden, dass sich die Systematik der zentralen Orte tatsächlich wieder in konkreten Infrastrukturentscheidungen widerspiegelt.

Ebenso seien die Zuschnitte der Regionen kritisch zu hinterfragen. In den vergangenen Jahrzehnten hätten sich insoweit völlig neue Vernetzungen und Interdependenzen ergeben, die durch die augenblicklich vorgegebenen Grenzen der Regionalen Planungsverbände nicht mehr abgebildet werden.

### Erfahrung von über 2.000 Gemeinden

An die Adresse der Staatsregierung gerichtet, wies Dirnberger darauf hin, dass der Bayerische Gemeindetag die Erfahrung von über 2.000 Gemeinden samt Rathauschefs und tausenden von Mitarbeitern bündelt. Sind kommunale Interessen betroffen, sei es von zentraler Bedeutung, diesen Schatz zu nutzen und frühzeitig auch über alternative Problemlösungen zu reden. „Wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet und werden selbstverständlich auch künftig mit dem Freistaat Bayern vertrauensvoll und sachorientiert zusammenarbeiten“, machte Dirnberger deutlich. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Bayern immer noch ein Stück besser zu machen.“ DK

munen ein Modell für die Erhebung der Grundsteuer auf den Weg zu bringen.

Aus Sicht der bayerischen Landräte blockiert der Streit um das richtige Grundsteuer-Modell seit vielen Jahren die angestrebte Reform der Grundsteuer. Ob nun das Bodenwert-Modell, das Kostenwert-Modell oder das von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen favorisierte Flächenmodell bevorzugt werden: Bis Ende 2019 muss das neue Gesetz beschlossen sein, ansonsten ist die Erhebung der Grundsteuer verfassungswidrig.

### Ende der Mitfinanzierung der Deutschen Einheit

Im Gespräch mit Minister Scholz wurde zudem ein Ende der Mitfinanzierung der Deutschen Einheit durch die Kommunen gefordert. Nach Ansicht des Landkreistagschefs entlastet das Auslaufen des kommunalen Beitrags zur Mitfinanzierung der Deutschen Einheit durch eine erhöhte Gewerbesteuerumlage ab 2020 die Kommunen bundesweit um jährlich 3,5 Mrd. Euro und die bayerischen Kommunen um 800 Mio. Euro. Diese Mittel müssten ab 2020 wieder für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäuser, ÖPNV-Investitionen und Straßen vor Ort zur Verfügung stehen. Bernreiter: „Das kommunale Sonderopfer darf nicht willkürlich fortgeführt werden. Die Kommunen müssen sich auf das gesetzlich fixierte Ende verlassen können.“

Hintergrund für diese Forderung sind Vorstöße aus einzelnen Bundesländern auf eine willkürliche Fortführung der erhöhten Gewerbesteuerumlage über 2019 hinaus. Dabei würde in Art. 6 des Solidarpaktfortführungsgesetzes vom 20.12.2001 das gesetzliche Ende der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 bereits fixiert. Die bayerischen Landräte erwarten deswegen von Bundesminister Scholz, dass er anderen Bestrebungen eine deutliche Absage erteilt, zumal die Finanzierungsverantwortung für den Länderfinanzausgleich bei den Bundesländern liegt und der Bund diesen ab 2020 zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Mrd. Euro zukommen lässt.

### Probleme bei der medizinischen Versorgung

Über die Probleme des ländlichen Raums bei der medizinischen Versorgung informierten die bayerischen Landräte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Dabei ist für sie eines entscheidend: die Grund- und Regelversorgung in der Fläche für ihre Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Wenn Menschen im ländlichen Raum medizinische Hilfe benötigen, sollen sie diese wohnortnah bekommen.

Für eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch die Kassen ist aus Sicht des Landkreistags der Erhalt der Krankenhäuser unerlässlich. Die Schere zwischen Kosten und Erlösen, also den Tarifsteigerungen im Personalbereich, die von den Kassen nicht ausgeglichen werden, sei eine der größten Hürden, um die Krankenhäuser in der Fläche zukunftsfähig aufzustellen. Ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbart war ein vollständiger Ausgleich dieser Kosten. Jetzt heißt es aber seitens des Bundesgesundheitsministers, dass sich dieser Ausgleich nur auf die Pflegekräfte bezieht. Diese sind aber längst nicht der größte Personalkostenblock in den Krankenhäusern. Deswegen forderte Bernreiter, die von der Bundespolitik bereits zugesicherte Berücksichtigung der Tarifsteigerungen

## Mundart in bayerischen Kitas

Schreyer: „Wertschätzung für alle Dialekte!“

„Ob schwäbisch, fränkisch oder oberbayerisch: die bayerische Mundart gehört zu uns und unseren Kindern! Die bayerischen Mädchen und Buben lernen als erstes die Familiensprache und damit oft den Dialekt ihrer Region – ein großer Vorteil beim Spracherwerb. Deshalb haben wir die Wertschätzung aller Dialekte fest im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan verankert“, betonte Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer.

„Um die bayerische Dialekt-Vielfalt zu erhalten, ist es wichtig, dass Kitas und Schulen die Mundart respektieren und pflegen“, so die Ministerin. Schreyer wies auf die Bedeutung von Dialektfördervereinen für den Erhalt der Vielfalt der bayerischen Dialekte hin.

Hier ein Auszug aus dem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan zu Dialekten in der Kinderbetreuung: „Eine ‚öffentliche‘, für die Kindergruppe konkret erfahrbare Wertschätzung von Mehrsprachigkeit durch die Bezugspersonen ist eine wesentliche Aufgabe sprachlicher Bildung. Dazu gehört auch die aktive Einbeziehung von Eltern und Familienangehörigen. Gegenüber den Eltern und Kindern muss die Wertschätzung der Familiensprachen deutlich werden – dies betrifft nicht nur Hochsprachen oder Amtssprachen, sondern auch die jeweiligen Dialekte.“ □

bei der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser nicht allein auf die Pflegekräfte zu beziehen. Auch Tarifsteigerungen für andere Berufsgruppen an Krankenhäusern müssten ausgeglichen werden, da andernfalls weitere Betriebskostendeckungsdefizite anfielen.

Mit Blick auf die im kommenden Jahr erneut anstehende Qualitätsdiskussion bekannte sich Spahn dazu, nicht pauschal zwischen großen und kleinen Krankenhäusern unterscheiden zu wollen. Nicht die Größe eines Hauses und die Menge der erbrachten Leistungen seien allein ausschlaggebend für die Qualität. Für die Patienten komme es letztlich darauf an, dass die Qualität der medizinischen Leistung im Ergebnis stimmt. Hierzu plant der Minister, Kriterien zu entwickeln, die nachvollziehbar und messbar sind.

### Gespräch mit der Kanzlerin

Ausgiebig Zeit für die Anliegen der bayerischen Landräte nahm sich auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Präsident Bernreiter bedankte sich bei ihr, dass sie gerade gegenüber den Landkreisen immer Wort gehalten habe, indem sie sich unter anderem im Rahmen der Flüchtlingskrise erfolgreich für eine Erstattung der Unterkunftskosten einsetzte. Merkel bat ihrerseits um Verständnis, dass der Bund im kommunalen Bereich oft nur Zufinanzierer sei und nicht die Möglichkeiten habe, die man oftmals bei ihm vermute. Weitere Themen des Austausches waren die gleichwertigen Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, die Entwicklung der Gesellschaft, die Fachkräftezuwanderung und der Zustand des Finanzmarktes. DK

## Flickschusterei hilft nur kurzfristig

DStGB-Positionen zum kommunalen Investitionsrückstand

Der wahrgenommene Investitionsrückstand von zuletzt 159 Milliarden Euro ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds dramatisch. „Seit nunmehr 15 Jahren sind die Nettoinvestitionen in Deutschland negativ. Dies bedeutet, dass der jährliche Werteverzehr größer ausfällt als die Investitionen. Der damit einhergehende Substanzverlust wird gerade auf kommunaler Ebene immer sichtbarer“, so der DStGB in einem aktuellen Positionspapier zur Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die über viele Jahre fehlenden Finanzmittel seien Ursache für den massiven Investitionsrückstand, aber nicht alleiniger Grund für den nur äußerst langsam voranschreitenden Abbau des Investitionsstaus. Investitionen in die kommunale Infrastruktur würden durch überbordende Standards und Regelungen verteuert, verlangsamt und mitunter auch ganz verhindert. Hinzu kämen Kapazitätsprobleme beim Personal und den Planungsmöglichkeiten der Kommunen und Unternehmen.

Laut DStGB gilt es, ungenutztes Ausbaupotenzial bei der öffentlichen und privaten Kooperation zu heben und Innovationen in der Investitionstätigkeit zu fördern. Bund und Länder sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen ein leistungsstarkes Konzept zum Abbau des öffentlichen Investitionsrückstandes auszuarbeiten und umzusetzen. Dazu hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund den Masterplan „Investitionsstau abbauen – Nachhaltige Investitionsoffensive starten“ erarbeitet.

### Abbau des kommunalen Investitionsstaus

Um einen Abbau des kommunalen Investitionsstaus zu erreichen, ist nach Auffassung des Kommunalverbandes eine dauerhafte aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden unabdingbar. Dafür müssten die Kommunen vor allem weiter von Sozialausgaben entlastet und die gemeindliche

Steuerkraft gestärkt werden. Richtig sei es zudem gewesen, dass der Bund Sondervermögen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen bereitgestellt und eine kommunale Finanzentlastung in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich ab 2018 beschlossen hat.

### Sonderabgabe für öffentliche Investitionsbedarfe?

Angesichts des massiven Investitionsrückstands könne dies aber nur ein erster Schritt sein. Um die öffentlichen Investitionsbedarfe zu erfüllen, brauche es weitere Finanzmittel. Dafür könne auch die Frage einer entsprechenden Sonderabgabe vergleichbar dem Solidaritätszuschlag geprüft werden.

„Es ist weder zeitgemäß, noch den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft erklärbar, dass wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben nicht von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam finanziert werden können. Zudem hat es sich als konkretes Investitionshemmnis erwiesen, dass Bundesmittel nur dort eingesetzt werden dürfen, wo der Bund auch über die entsprechenden Kompetenzen verfügt. Wenn wir es mit der Chancengerechtigkeit und gleichwertigen Lebensverhältnissen in unserem Land wirklich ernst meinen, muss daher an die Stelle des Kooperationsverbotes ein Kooperationsgebot treten“, heißt es weiter. Und: „Ohne dauerhafte Hilfen des Bundes wird es uns nicht gelingen, das große Potenzial in den ländlichen Räumen weiterzuentwickeln, Breitband und die me-

dizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen und auch finanzschwachen Kommunen Entwicklungschancen zu ermöglichen.“

Die Investitionsbemühungen ersticken oftmals im Bürokratiewust, beklagt der DStGB. Gesetzgeberische Vorgaben, Vergabebestimmungen, Beihilfenrecht und Standards würden zum Flaschenhals der öffentlichen Investitionsfähigkeiten. Kritisch seien zudem die häufig recht strikte Zweckmittelbindung und die „Atomisierung“ von Förderprogrammen zu sehen. Die zunehmende Anzahl separater Förderprogramme mit jeweils abweichenden Förderbedingungen erhöhe den administrativen Aufwand für Städte und Gemeinden erheblich, dies sei nicht investitionsfördernd. Weiter gelte es sicherzustellen, dass Investitionsfinanzschwacher Kommunen nicht an der Erbringung des Eigenmittelanteils scheitern, hier müssten Lösungen gefunden werden.

### Planungskapazitäten ausbauen

Die Kommunen müssen aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds wieder finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Planungskapazitäten auszubauen. Hierzu benötigten die Städte und Gemeinden die Planungssicherheit, dass der Investitionsschub anhält. Eine Verstärkung der Investitionsprogramme wäre hier hilfreich. „Wo ein höherer eigener Personaleinsatz der Kommune nicht möglich oder nicht zwingend nötig ist, sollte auch auf externe Planungs- und Beratungskompetenzen zurückgegriffen werden können.“

Einfache unbegründete Klagen über mehrere Instanzen dürften nicht mehr zu einer monatelangen Verzögerung von Bauvorhaben führen. Eine Straffung der Planungs- und Umsetzungsvorschriften sei erforderlich. Dazu könnte gehören, bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen die Zuständigkeiten bei besonders spezialisierten Verwaltungsgerichten zu konzentrieren und den Instanzenzug zu verkürzen.

### Kommunale Bauvorhaben

Standardabbau und die Verkürzung des Instanzenzuges würde auch die Attraktivität öffentlicher Auftraggeber wieder steigern. Derzeit scheiterten kommunale Bauvorhaben mitunter allein schon daran, dass es nicht gelingt, Bauunternehmen für die Umsetzung des Projektes zu gewinnen.

Auch weist der Kommunalverband darauf hin, dass die Zusammenarbeit aller öffentlichen Ebenen miteinander bei Investitionen erleichtert und gestärkt werden muss. Das gelte aber nicht minder für die interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Investitionstätigkeiten von Kommunen. Hemmnisse müssten auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene systematisch ermittelt und beseitigt werden. Als positives Beispiel hierfür könne im Grundsatz die im EU-Recht erfolgte Neuregelung des Vergaberechts bei interkommunalen Kooperationen aufgezeigt werden. Die Reform des Umsatzsteuerrechts für öffentliche Zusammenarbeit sei ebenfalls ein richtiger Schritt gewesen, dem weitere folgen müssten.

„Die Finanzierung öffentlicher

Investitionen aus dem allgemeinen Abgabenaufkommen soll und wird auch zukünftig eine wesentliche Säule sein. Gleichwohl ist es zukunftsweisend, die nutzerorientierte Infrastrukturfinanzierung weiter auszubauen. Ein erster Schritt wäre zum Beispiel eine flächendeckende LKW-Maut“, betont der DStGB.

Eine stärker nutzerorientierte Infrastrukturfinanzierung könne zudem zu zielgenaueren Finanzierungsströmen führen, die Transparenz erhöhen und zusätzliche Steuerungsmöglichkeiten generieren. So könnten über Mautsysteme zum Beispiel Möglichkeiten geschaffen werden, Verkehrsströme zu lenken. Eine nutzerorientierte Infrastrukturfinanzierung sei zudem in der Lage, die öffentlich-private Partnerschaft bei Investitionsvorhaben zu erleichtern und zu unterstützen.

### Effektive Bürgerschaftsbeteiligung

Ein wichtiges kommunalpolitisches Motiv bei der Investitionstätigkeit sei die effektive Bürgerschaftsbeteiligung. Mangelnde Akzeptanz bis hin zum organisierten Widerstand aus der Bürgerschaft könnten kommunale Bauvorhaben dagegen massiv verzögern oder gar ganz verhindern. Dem gelte es über eine frühzeitige Einbeziehung entgegenzuwirken, die Akzeptanz und Zustimmung für die kommunalen Vorhaben schafft und klarmacht: Die kommunalen Investitionsvorhaben werden nicht gegen, sondern für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft unternommen. Dabei seien die Prozesse der Beteiligungsverfahren effizient zu gestalten. **DK**

## Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Als Teil des kommunalen Finanzausgleichs erhalten strukturschwache Kommunen finanzielle Unterstützung in Form von Bedarfszuweisungen. Hierfür stehen 2018 rund 146 Mio. Euro als Verteilungsmasse zur Verfügung. Unter Zugrundelegung des Verteilungsvorschlags des Finanzministeriums und des Innenministeriums wurden im Verteilerausschuss, dem auch die kommunalen Spitzenverbände angehören, mehr als 200 Anträge von Städten, Gemeinden und Landkreisen behandelt.

Ein Großteil der Finanzhilfen fließt den Kommunen in Form von Stabilisierungshilfen zu (134 Mio. Euro). Stabilisierungshilfen erhalten Kommunen, die sich aufgrund einer negativen oder geringen freien Finanzspanne sowie einer hohen Verschuldung in einer finanziellen Notlage befinden. Weitere Voraussetzung ist das Vorliegen von strukturellen Härten, die sich in Form einer weit unterdurchschnittlichen Steuerkraft oder eines spürbaren Einwohnerrückgangs in den vergangenen zehn Jahren darstellen können.

### Schuldenabbau

Die Finanzhilfen dienen primär dem Schuldenabbau zur Verringerung des Schuldendienstes und setzen einen nachhaltigen Konsolidierungswillen voraus. Dies ist eine wichtige Basis zur Wiedererlangung einer geordneten Finanzlage. Daneben kann ein Teil der Stabilisierungshilfen für dringend notwendige Investitionen in die kommunale Grundausstattung verwendet werden. Denn allein mit Schuldenabbau lassen sich die Probleme der Kommunen in strukturschwachen Regionen nicht lösen. In diesem Jahr beträgt die Investitionsquote rund 25 Prozent (rund 34 Mio. Euro).

Mit den klassischen Bedarfszu-

weisungen (rund 12,2 Mio. Euro) erhalten insbesondere bedürftige Landkreise (11 Mio. Euro) sowie Städte und Gemeinden mit Naturkatastrophen (rund 1,2 Mio. Euro) eine finanzielle Unterstützung. Wie schon im Vorjahr wurde der regionale Förderschwerpunkt auf den nordöstlichen Teil Bayerns gelegt. Somit gehen die Finanzhilfen weitgehend in die Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Unterfranken. In gerundeten Zahlen ergibt sich für die sieben Regierungsbezirke gestaffelt nach der Summe der Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen: Oberfranken: 61 Mio. Euro; Oberpfalz: 36,5 Mio. Euro; Unterfranken: 23,4 Mio. Euro; Niederbayern: 19,8 Mio. Euro; Mittelfranken: 3,5 Mio. Euro; Oberbayern: 1,3 Mio. Euro; Schwaben: 0,6 Mio. Euro.

Die Finanzzuweisungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Rückführung der Verschuldung in den betroffenen Kommunen und geben einen Impuls für notwendige Investitionen in strukturschwachen Regionen Bayerns. Dabei darf nicht vergessen werden, dass ein Großteil der Mittel (knapp 100 Mio. Euro) aus dem allgemeinen Steuerverbund stammt und bei den Schlüsselzuweisungen fehlt. Dies unterstreicht die kommunale Solidaritätsgemeinschaft. **IBDSt**

### Ergebnisse der Kassenstatistik:

## Kommunale Finanzlage im ersten Halbjahr 2018

Die kassenmäßigen Gesamteinnahmen der bayerischen Kommunen sind im ersten Halbjahr 2018 um 4,4 Prozent auf 18,96 Milliarden Euro gestiegen. Ein deutlicher Aufwuchs (+ 7,3 Prozent) auf der Ausgabenseite (19,56 Milliarden Euro) führte zu einem negativen Finanzierungssaldo (- 0,6 Milliarden Euro).

Die Steuereinnahmen (Netto) der bayerischen Städte und Gemeinden sind im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Prozent auf 8,31 Milliarden Euro gestiegen. Der Einkommensteueranteil stieg um 2,5 Prozent auf rund 2,1 Milliarden Euro.

Aufgrund der neuen Verteilungsschlüsselzahlen für den Zeitraum 2018 bis 2020 kam es bei den kreisfreien Städten (+ 2,3 Prozent) und kreisangehörigen Gemeinden (+ 4,1 Prozent) zu unterschiedlichen Zuwachsraten.

### Plus beim Gewerbesteueraufkommen

Das Netto-Gewerbesteueraufkommen (Bruttoaufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage) stieg im ersten Halbjahr 2018 deutlich um 8,7 Prozent auf 4,87 Milliarden Euro. Anders als in den Vorjahren verlief das Netto-Aufkommen der kreisfreien Städte mit einem Anstieg um 16,8 Prozent auf 2,26 Milliarden Euro sehr positiv. Bei den kreisangehörigen Gemeinden gab es im Vergleich zu den Vorjahren einen moderaten Aufwuchs von

2,5 Milliarden Euro. Insgesamt liegt das Halbjahresergebnis deutlich über der Steuerschätzung vom Mai 2018 (+ 3 Prozent).

### Umsatzsteuerbeteiligung

Der sprunghafte Anstieg bei der Umsatzsteuerbeteiligung von rund 25 Prozent auf 318 Millionen Euro resultiert aus dem 5-Milliarden-Euro-Paket, mit dem der Bund die Kommunen ab dem Jahr 2018 entlastet. Davon werden im Jahr 2019 mehr als die Hälfte (2,76 Milliarden Euro) über den Umsatzsteueranteil an die Städte und Gemeinden transferiert.

Auf der Ausgabenseite setzt sich bei den Personalausgaben (4,9 Milliarden Euro) ein kontinuierlicher Aufwuchs fort (+ 4,2 Prozent). Auch im Bereich der Sozialhilfe (+ 5,1 Prozent) und den sonstigen sozialen Leistungen (+ 9,7 Prozent) sind die Ausgaben spürbar angestiegen. Beide Ausgabegruppierungen summierten sich im ersten Halbjahr auf 3,88 Milliarden Euro. Die Bauausgaben der Kommunen stiegen um beachtliche 29,4 Prozent auf 2,36 Milliarden Euro. **IBDSt**



Jetzt kostenlos informieren:  
0800 0 372 372

**Gemeinsam stark.**  
**Kommunale Partnerschaften.**

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

**www.esb.de/kommunen** **ENERGIE SÜDBAYERN**

*Aufnahme und Integration von Flüchtlingen:*

## Bund verlängert Finanzierung für Länder und Kommunen

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, mit dem der Bund seine finanzielle Unterstützung an die Länder und Kommunen für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten fortsetzen möchte.

Das Gesetzesvorhaben entlastet sowohl die Länder als auch die kommunale Ebene von ihren finanziellen Belastungen bei der Finanzierung von Kosten für Geflüchtete und für Integrationsmaßnahmen. Die Entlastungen für die Länder umfasst die Fortsetzung der Pauschalerstattung für Asylbewerber (sog. 670-Euro-Regelung) für das Jahr 2019. Pro Flüchtling erstattet der Bund eine Pauschale von 670 Euro je Verfahrensmonat und für abgelehnte Asylbewerber pauschal je 670 Euro.

Darüber hinaus verlängert der Bund die sogenannte Integrationspauschale in Höhe von jährlich 2 Milliarden Euro (2016 bis 2018) um ein Jahr und erhöht diese im Jahr 2019 um 435 Millionen Euro auf rund 2,4 Milliarden Euro. Hinzu kommt die Fortführung der sozialen Wohnbauförderung im Jahr 2019 von 500 Millionen Euro. Davon entfallen knapp 60 Millionen Euro auf den Freistaat Bayern.

Für die Kommunen enthält das Gesetzespaket eine einjährige Fortführung der Bundeserstattung für ihre flüchtlings-

induzierten Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU). Die kreisfreien Städte und Landkreise erhalten seit 2016 vom Bund eine Erstattung für ihre flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II. Im Jahr 2017 beliefen sich die flüchtlingsbedingten KdU-Ausgaben der bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise auf insgesamt 170,7 Millionen Euro. Die Bundeserstattung war ursprünglich bis 2018 befristet.

### Keine Planungssicherheit

Das Gesetzesvorhaben ist grundsätzlich zu begrüßen, weil die oben beschriebenen Maßnahmen sowohl für die Länder als auch für die kommunale Ebene substanzielle Entlastungen mit sich bringen. Insbesondere die Fortführung der flüchtlingsinduzierten KdU-Erstattung ist für die kreisfreien Städte und Landkreise eine zwingend notwendige Maßnahme.

Allerdings führt die Verlängerung um ein Jahr zu keiner Planungssicherheit. Denn es ist zu

erwarten, dass die flüchtlingsbedingten KdU-Ausgaben auch mittelfristig erhebliche Haushaltsbelastungen darstellen werden. Der Bayerische Städtetag fordert daher weiter die Aufhebung oder zumindest eine deutliche Verlängerung der Befristung.

Eine offene Baustelle ist für die bayerischen Kommunen nach wie vor die Haltung der Bayerischen Staatsregierung: Sie lehnt es bislang ab, die kommunale Ebene angemessen an der Bundesintegration

*Verfassungsbeschwerdeverfahren:*

## Gegen das QE-Staatsanleihen-Ankaufprogramm der EZB

In dem Verfassungsbeschwerdeverfahren, das Dr. Peter Gauweiler und andere Beschwerdeführer vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Staatsanleihenkäufe der EZB im Rahmen ihres QE-Anleihenankaufprogramms führen, hatte das Bundesverfassungsgericht sich die wesentlichen rechtlichen Einwände der Beschwerdeführer zu eigen gemacht und mit Beschluss vom 18.7.2017 die Sache dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung vorgelegt. Vor kurzem hat Generalanwalt Melchior Wathelet in diesem Vorabentscheidungsverfahren seine Schlussanträge veröffentlicht.

Dazu erklären Dr. Peter Gauweiler und sein Prozessvertreter, der Freiburger Staatsrechtler Professor Dr. Dietrich Murswiek: „Erwartungsgemäß hat der Generalanwalt erklärt, dass alle Bedenken, die das Bundesverfassungsgericht gegen die Rechtmäßigkeit des Staatsanleihenankaufprogramms geäußert hat, unbegründet seien. Der EuGH hat in Kompetenzkonflikten zwischen EU und Mitgliedstaaten bisher immer zugunsten des beteiligten EU-Organen entschieden, und auch im Fall der EZB-Staatsanleihenkäufe, wo es darum geht, ob die EZB ihr Mandat überschritten und gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoßen hat, ist nichts anderes zu erwarten. Das Votum des Generalanwalts bereitet eine Entscheidung des EuGH vor, die wieder einmal die Arroganz der Macht der EU-Organen gegenüber denen zum Ausdruck bringt, die auf die Einhaltung der in den Verträgen vereinbarten Bedingungen dringen.“

Weiter heißt es: „Dass die Staatsanleihenkäufe der EZB in Billionenhöhe der Finanzierung der Eurostaaten dienen, lässt sich ökonomisch überhaupt nicht bestreiten. Die Notenbanken des

tionspauschale zu beteiligen. Seit 2016 fließen hier vom Bund rund 310 Millionen Euro pro Jahr nach Bayern. Im Jahr 2019 erhöht sich der bayerische Anteil an der Integrationspauschale auf 370 Millionen Euro.

Die Kommunen leisteten und leisten einen enormen Beitrag zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Sie benötigen dafür eine weitere finanzielle Unterstützung durch den Freistaat. Trotz der bisherigen ablehnenden Haltung der Staatsregierung bleibt der Bayerische Städtetag bei der Forderung nach einer angemessenen Beteiligung der Kommunen an der Integrationspauschale des Bundes. Die Erwartungen richten sich nun an die neue Bayerische Staatsregierung.

IBdSt

## § 2 b UStG: Gewusst wie

Die ab 01.01.2021 zwingend für alle Gemeinden, Städte, Landkreise, Zweckverbände und Kommunalunternehmen gültige Umsatzsteuerregelungen nach § 2 b UStG fordern die Verantwortlichen in zunehmendem Maß. Die Abgabe der sog. Optionserklärung, zur Anwendung des alten § 2 Abs. 3 UStG, im Jahr 2016 war einfach und schnell erledigt – doch die richtige Arbeit besteht nun in den Vorbereitungen auf das neue Recht ab 2021.

In diesem Zuge sind verschiedene juristische Personen des öffentlichen Rechts auf uns zugekommen, um sich unterstützen zu lassen. Oftmals ist jedoch zunächst die Vergangenheit aufzuarbeiten, da viele Sachverhalte nie durch die „steuerrechtliche Brille“ betrachtet wurden. Daraus ergibt sich oft die Pflicht Nacherklärungen zu erstellen, um Steuerhinterziehungen (durch den gesetzlichen Vertreter) zu vermeiden. Erst im nächsten Schritt sind diese Sachverhalte auf § 2 b UStG hin zu gestalten.

### Vermeidung drohender Umsatzsteuerbelastungen

Hierbei helfen die zwischen-

*EU-Förderprogramme Interreg B:*

## Erfreuliche Zwischenbilanz

Über 48 Mio. Euro EU-Mittel für Projekte mit bayerischer Beteiligung

Die EU-Kommission arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode nach 2020. Ein guter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz der aktuellen Förderperiode für Bayern. „Die Zahlen können sich sehen lassen: Bislang wurden 48 Millionen Euro EU-Fördermittel für Projekte mit bayerischer Beteiligung bewilligt“, resümierte Finanz- und Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart den bisherigen Erfolg der Interreg B Programme Donauraum, Mitteleuropa und Nordwesteuropa bei einer Interreg-Konferenz in München.

Der Fachkongress des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg durchgeführt.

### Start Transnational!

Mit den Programmen Interreg B fördert die Europäische Union die transnationale Zusammenarbeit. Seit Beginn der aktuellen Förderperiode (2014–2020) sind in den Interreg B-Programmen Donauraum, Mitteleuropa und Nordwesteuropa über 320 baye-rische Anträge eingegangen, 39 Projektpartner haben bereits eine Förderzusage der EU erhalten.

Das Heimatministerium unterstützt mit dem Förderprogramm „Start Transnational!“ Unternehmen und Kommunen sowie Forschungs- und Netzwerkeinrichtungen dabei, EU-Fördermittel zu beantragen.

### Gezielte Beratung

Reichhart: „Ziel ist, da zu helfen, wo Hilfe am wichtigsten ist: in der Vorbereitungsphase für die aufwändigen und zeitintensiven Projektanträge für europäische Zusammenarbeit.“ Bayerische Antragsteller werden zudem gezielt bei der Vorberei-

zeitlich antragsgemäß ergangene verbindlichen Auskünfte, die unsere Kanzlei erfolgreich einholte. Mit den kommunal-, vergabe- und steuerrechtlich ausdifferenzierten Bestimmungen konnten drohende Umsatzsteuerbelastungen vermieden werden. Es zeigte sich auch, dass § 2 b UStG Vorteile gegenüber der alten Rechtslage besitzt.

Aufgrund einer aktuellen Verfügung werden zurzeit keine verbindlichen Auskünfte zu § 2 b UStG erteilt. Umso mehr hilft die Erfahrung aus den erfolgreichen verbindlichen Auskünften.

Quelle: Newsletter Dr. Stefan Detig, M.B.A., Rechtsanwalt, Geschäftsführer, Altbürgermeister. □

## Prämiert: Kundenfreundlicher Videodienst

GVB zeichnet VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu mit Innovationspreis aus

Der erstmals vergebene Innovationspreis der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken geht an die VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu. Die schwäbische Kreditgenossenschaft erhielt die vom Genossenschaftsverband Bayern (GVB) ausgelobte Auszeichnung für ihren selbst entwickelten „VideoService“.

Das im Herbst 2017 eingeführte Angebot ergänzt in ausgewählten Standorten des Instituts den klassischen Bankschalter. So können Kunden in einem separaten Raum über einen Bildschirm auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten mit einem Mitarbeiter Kontakt aufnehmen und Bankgeschäfte erledigen. Bei der Entwicklung wurde die VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu von der InfoGate Systems GmbH, einer Tochtergesellschaft der Flughafen München GmbH, unterstützt.

### Verbraucherfreundliche Lösung

„Regionalbanken schaffen praxiserprobte Innovationen für ihre Kunden. Das zeigt die VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu mit ihrem Videodienst eindrucksvoll“, kommentiert Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Dem Institut sei es gelungen, eine verbraucherfreundliche Lösung zu entwickeln, von der alle Beteiligten profitieren. Gros: „Erweiterte Öffnungszeiten für die Kunden, wirtschaftlicher Ressourceneinsatz für die Bank – das Telepräsenzsystem ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich Technik mit menschlicher Nähe kombinieren lässt. Mit dem Innovationspreis wollen wir auf den Einfallreichtum und die Umsetzungsstärke der VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu aufmerksam machen.“

„Unser VideoService ist ein Produkt von einer Bank für Banken entwickelt. Telepräsenz vor Ort statt Geschäftsstellen zu schließen – das war die Grundidee und dieses Ziel haben wir erfolgreich umgesetzt“, sagt Christoph Huber, Vorstand der VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu. „Dass wir mit unserer Lösung den Nerv der Zeit treffen, zeigen die hohe Kundenzufriedenheit von über 85 Prozent sowie die Nachfrage durch andere Banken. Umso mehr

freue ich mich, dass unsere Lösung nun auch vom GVB ausgezeichnet wurde: Nach dem PEPE digital:masters Award, dem Best Process Award und dem Best of Innovationspreis ist das bereits die vierte namhafte Auszeichnung. Noch im Jahr 2018 werden wir die Anzahl der Installationen mehr als verdoppeln sowie eine Video-Geschäftsstelle in einem Einkaufszentrum errichten.“

Auch andere Banken nutzen den „VideoService“ bereits, den die VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu unter dem Namen „telma“ vertreibt. □

## MünchenerHyp erhält Spitzennote für Nachhaltigkeit

ISS-oekom hebt Rating auf B

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) gehört international zu den besonders nachhaltig arbeitenden Pfandbriefbanken. ISS-oekom hob im jüngsten Ratingbericht zur Münchener Hyp das Nachhaltigkeitsrating der Bank von C+ auf B-. Damit zählt der genossenschaftliche Immobilienfinanzierer in der Kategorie „Financials/Mortgage & Public Sector Finance“ wieder zu den drei am besten bewerteten Instituten. Bestätigt wurde zudem der „Prime Status“ der MünchenerHyp.

Ausschlaggebend für die höhere Einstufung der Bank waren laut ISS-oekom insbesondere die Personalpolitik, darunter vor allem Maßnahmen zur Work-Life-Balance und zur Gesundheitsvorsorge, sowie Weiterentwicklungen in der Governance der Bank. Diese Verbesserungen bewertete die Agentur mit einem „Social and Governance Rating“ von B.

### Nachhaltigkeit im Kerngeschäft

Des Weiteren hob ISS-oekom die Verankerung von Nachhaltigkeit im Kerngeschäft der MünchenerHyp hervor. Hierzu zählen insbesondere die nachhaltigen Finanzierungsangebote – das Grüne Darlehen und das Famili-

endarlehen – sowie die nachhaltige Refinanzierung über den ESG-Pfandbrief. Insgesamt führt dies zu einem „Environmental Rating“ von B-.

„Unser Anspruch ist es, ein Vorreiter für nachhaltige Immobilienfinanzierungen zu sein, die wiederum nachhaltig refinanziert werden. Wir freuen uns, dass unsere bisherigen Anstrengungen von ISS-oekom so positiv gewürdigt werden“, unterstrich Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

ISS-oekom zählt international zu den führenden Agenturen für Nachhaltigkeitsratings. In der Kategorie „Financials/Mortgage & Public Sector Finance“ werden 49 Banken aus der ganzen Welt bewertet. Die beste Einstufung in dieser Kategorie ist B-. □

Eurosystems sind während der Durchführung des Ankaufprogramms zu den größten Gläubigern der Eurostaaten geworden. Indem die Käufe die Renditen der Anleihen drastisch gedrückt haben, ermöglichte die EZB es den Eurostaaten, sich zum Nulltarif neu zu verschulden. Manche Staaten können an der Neuverschuldung sogar verdienen, weil sie Staatsanleihen mit negativen Renditen emittieren können. Damit nimmt die EZB den Staaten jeden Anreiz zu einer soliden Haushaltspolitik. Das Ankaufprogramm ist daher mit dem Zweck des Verbots der monetären Staatsfinanzierung, keine Fehlanreize für eine Schuldenfinanzierung zu setzen, unvereinbar. Die Stellungnahme des Generalanwalts läuft darauf hinaus, die Währungsunion weiter auf ihrem verhängnisvollen Weg in Überschuldung und Missachtung der Stabilitätskriterien laufen zu lassen.“

### EZB ohne demokratische Legitimation

Der Generalanwalt geht laut Gauweiler und Murswiek „mit keinem Wort darauf ein, dass die EZB keine demokratische Legitimation besitzt und dass ihr Mandat daher eng ausgelegt werden muss. Stattdessen versucht er, mit seiner Interpretation das Mandat so weit zu dehnen, dass es auch für dieses Staatsfinanzierungsprogramm noch passt.“ Das Staatsanleihenankaufprogramm verstoße auch deshalb gegen das Grundgesetz, „weil es zu einer Vergemeinschaftung der Haftung für Staatsanleihen führt, ohne dass der Bundestag dem zugestimmt hat“.

Der Generalanwalt habe die Frage des Bundesverfassungsgerichts, ob die Haftungsvergemeinschaftung mit dem EU-Recht vereinbar ist, nicht beantwortet, sondern sie für unzulässig erklärt, weil sie nur hypothetischen Charakter habe. „Es wird jetzt spannend sein, ob der EuGH dem Bundesverfassungsgericht auf diese Frage eine Antwort gibt. Wenn nicht, wird das Bundesverfassungsgericht ohne Vorgabe des Luxemburger Gerichts entscheiden müssen, ob die immensen Haushaltsrisiken, die das Anleihenankaufprogramm für den Bundeshaushalt mit sich bringt, mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Aus unserer Sicht lautet die Antwort: Nein, sie sind es nicht – jedenfalls so lange nicht, wie die Bundesrepublik Deutschland eine parlamentarische Demokratie bleibt, in der die Haushaltsverantwortung bei der Volksvertretung liegt.“ □

*Fusion von Hallertauer Volksbank und VR Bayern Mitte:*

## Leistungsstarke Regionalbank in der Mitte Bayerns

Zwei starke Genossenschaftsbanken, die Hallertauer Volksbank eG mit Sitz in Pfaffenhofen und die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG in Ingolstadt haben fusioniert. Damit arbeiten nunmehr 51 Filialen und 14 Selbstbedienstungstellen unter einem Namen zusammen.

Das Bankhaus mit ca. 850 Mitarbeitern betreut rund 160.000 Privatkunden sowie 10.000 mittelständische Kunden. Mit einem Anlage- und Kreditvolumen von rund acht Mrd. Euro befindet sich die neue Volksbank/Raiffeisenbank Bayern-Mitte mit Hauptsitz in Ingolstadt unter den Top 3 von insgesamt 244 bayerischen Genossenschaftsbanken.

Treiber der Fusion waren nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Richard Riedmaier neben der Digitalisierung die ständig steigenden regulatorischen Anforderungen und die Folgen der Niedrigzinspolitik. Durch Effizienzsteigerungen und Optimierungen könnten diese Herausforderungen gemeinsam besser bewältigt werden. **DK**

# Wie der „Baumsteftenlenz“ bayerisches Volksgut bewahrt

Einrichtung eines Literaturhauses im Freilichtmuseum Finsterau

Ein Haus wechselt seinen Ort – und seine Bestimmung. Dem ehemaligen Geburtshaus des Schriftstellers Paul Friedl wird im Freilichtmuseum Finsterau als Ort der Literatur neues Leben eingehaucht.

Romane aus dem Bayerwald: Der Romancier Paul Friedl prägte mit seinen Romanen der 1950er bis 1970er Jahre nachhaltig das Bild der Menschen, des Lebens und des Brauchtums im Bayerischen Wald. Bekannt ist er bis heute als „Baumsteftenlenz“.

Sein Geburtshaus soll nun als dauerhaftes Symbol für die literarische Vielfalt des Bayerwalds und Böhmerwalds im Freilichtmuseum Finsterau wiederaufstehen. Im Sommer 2018 wurde das Baudenkmal in Spiegellau sorgfältig geborgen und ins Winterlager nach Finsterau gebracht. 2020 soll es seinen festen Platz im Museum finden und

originalgetreu wiederaufgebaut werden.

## Kräftiger Impuls für die Kulturregion

Als lebendiges Literaturhaus wird der zweigeschossige Blockbau aus dem Jahr 1841 der Kulturregion Finsterau einen kräftigen Impuls geben und neben historischem Wissen auch wichtige Grundfertigkeiten vermitteln.

Die Sparkasse Freyung-Grafenau und Bayerische Sparkassenstiftung förderten die innovative Konzeption des Projekts: Die Räume sollen dem Lesen, Zuhören und Mitteilen dienen.

Dazu wird nicht nur mit dem traditionellen Medium Buch, sondern auch mittels vielfältigen auditiven, visuellen und „smarten“ Medien an Texte und Literatur herangeführt.

## Schreibwerkstatt und Handbibliothek

Besucher aktiv einzubinden, gelingt unter anderem durch eine Schreibwerkstatt. Dort wird Schreiben und Sprechen durch innovative Methoden ermöglicht, von Tablet und Smartphone über Sprachfeldspiele bis hin zu Slam-Poetry. Neben Ausstellungen zur Literatur in der Region wird das Haus auch Räume für Lesungen und Symposien beherbergen.

Eine Handbibliothek soll zum Blättern und Lesen einladen, in-

teraktive Medien ermöglichen eine spielerische und schöpferische Begegnung mit Wörtern und Texten. Auch auditiv lässt sich viel erleben: Von Profis eingesprochene Leittexte bilden ein breites Spektrum an Texten von Hochsprache bis Dialekt ab und können individuell abgerufen werden.

Die Umsetzung des Literaturhauses wurde durch eine gemeinsame Förderung der Bayerischen Sparkassenstiftung und der Sparkasse Freyung-Grafenau ermöglicht.

Beide Vorstände der Sparkasse Freyung-Grafenau, Vorstandsvorsitzender Stefan Prober und Vorstandsmitglied Dietmar Attenbrunner, freuten sich, 15.000 Euro aus eigenen Mitteln für das Projekt zur Verfügung stellen zu können und angesichts der hohen überregionalen Wirkung auch die Unterstützung der Bayerischen Sparkassenstiftung mit weiteren 30.000 Euro erhalten zu haben.

„Die Sparkassenorganisation ist bayernweit mit einer Fördersumme von rund 47 Mio. Euro pro Jahr der größte nicht-staatliche Kulturmäzen“, so Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung. In der Vermittlung von Kulturgut über die klassischen Methoden hinauszuweisen, ist ein besonderer Schwerpunkt der Bayerischen Sparkassenstiftung.

Ingo Krüger erläutert: „Im Literaturhaus Bayerwald Böhmerwald werden neue Wege eingeschlagen, um Literatur für alle zugänglich zu machen. Durch die Einbindung unserer bestehenden Plattform Grenzgeschichten wird zusätzlich ein Bogen zur digitalen Welt geschlagen – so funktioniert literarische Bildung in der Gegenwart.“

## Stadtparkasse München:

# Zusätzlicher Wohnraum für Münchner Bürger

Die Stadtparkasse München feiert Richtfest für 23 neue Wohnungen in Schwabing in der Belgradstraße 162. An dieser Stelle stand zuvor ein niedriges Wohn- und Geschäftshaus, in dem auch eine der Filialen der Stadtparkasse München untergebracht war. Die Filiale ist während der Bauarbeiten in das benachbarte Hochhaus in der Barlachstraße 6 umgezogen, das ebenfalls zur Stadtparkasse München gehört.

„Wir realisieren gerade alle Möglichkeiten, die sich uns bieten, zusätzlichen Wohnraum für die Münchner zu errichten. Dazu gehört auch, bestehende Baureserven zu nutzen oder mit Neubebauung auf Bestandsflächen zusätzlichen Wohnraum zu schaffen“, erklärt Dr. Bernd Hochberger, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse München, der unter anderem auch für Immobilien Bayerns größter Sparkasse zuständig ist. Die Stadtparkasse hat seit den siebziger Jahren konsequent ihren Immobilienbestand mit dem Wachstum der Stadt aufgebaut, um in den Gebäuden vorzugsweise eigene Filialen zu eröffnen und zusätzlich Wohnraum für Mitarbeiter bereitzustellen.

## Über 1.300 qm Wohnfläche

An der Stelle des bis zu fünfstöckigen Neubaus stand zuvor lediglich ein zweistöckiges Gebäude. Nach der Fertigstellung wird die örtliche Filiale der Stadtparkasse München wieder in das Erdgeschoss des Neubaus einziehen. Der Neubau des Wohn- und Geschäftshauses bietet neben der Filiale auch 2-, 3- und 4-Zimmer-Wohnungen mit einer Wohnfläche von jeweils 47 bis zu 108 Quadratmetern. Insgesamt umfasst der Neubau eine Gesamtwohnfläche von über 1.300 Quadratmetern.

Die Abbrucharbeiten begannen im Mai 2017. Zwischenzeitlich ist der Rohbau fertig gestellt. Die Fenster in den Obergeschossen sowie Fassadenelemente im Erdgeschoss sind montiert. Derzeit laufen die Innenausbauarbeiten an. Die Fertigstellung ist - abhängig von der Witterung - für das erste Quartal 2019 vorgesehen, der Umzug Filiale für März 2019 geplant.

Die Stadtparkasse München hat derzeit aufgeteilt auf 116 Objekte über 1.800 Wohnungen im Bestand, die sie vorzugsweise ihren Mitarbeitern zur Miete anbietet. Darüber nicht vermietete Wohnungen werden auf dem freien Mietmarkt in München angeboten. Die Stadtparkasse München hält sich bei der Miethöhe an den Münchner Mietspiegel als Obergrenze. Junge Mitarbeiter erhalten - abhängig von der Gehaltshöhe - Mietzuschuss für Mietwohnungen der Stadtparkasse München bis zu einer Mietfläche von 50 Quadratmetern. Bei Mitarbeitern verzichtet die Stadtparkasse außerdem auf eine Kautions.

Rund jede dritte Wohnung ist derzeit an Mitarbeiter vermietet. Die Stadtparkasse München hat ihren Wohnungsbestand in den letzten Jahren noch einmal deutlich erweitert, um die herrschende Wohnungsnot in der bayerischen Landeshauptstadt zu dämpfen.

## Herbsttagung von IWF und Weltbank:

# DSGV benennt Gefahrenherde

Die globalen Stabilitätsgefahren sind nach Auffassung der deutschen Sparkassen und Landesbanken immens. Darauf hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Helmut Schleweis, bei der Herbsttagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank auf Bali/Indonesien hingewiesen. „Leider müssen wir rund zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise feststellen: Die Welt ist seitdem nicht sicherer geworden. Alle Akteure sollten sich bewusst sein, dass die Situation sehr labil ist“, betonte Schleweis.

Aus seiner Sicht sind die deutlich gestiegene internationale Verschuldung, der bevorstehende Brexit sowie der zunehmende Protektionismus die größten Gefahrenherde. Da der Brexit zu den größten Sorgen der gewerblichen Kunden von Sparkassen und Landesbanken gehöre, appellierte Schleweis an die Verhandlungsführer, durch eine Vereinbarung mindestens sicherzustellen, dass Großbritannien in den nächsten zwei Jahren übergangsweise die bisherigen EU-Regeln noch einhält. Notfalls müsse für die Verhandlungen auch ein Moratorium verhängt werden.

In Europa erwartet der DSGV-Präsident erstmals seit zehn Jahren eine neue Zinsphase, die durch einen sehr behutsamen

Ausstieg aus Anleihekäufen und einer Mehrzahl kleinster Zinsschritte, verteilt über eine mittlere Sicht, gekennzeichnet sein sollte. Eine Grundlage dafür sei die US-Zinspolitik, die Europa in der geldpolitischen Normalisierung inzwischen weit voraus sei. Dies werde in den nächsten Monaten vermutlich zu zins- und konjunkturinduzierten Kapitalströmen in die USA führen.

## Deutschland als Hort der Stabilität

Schleweis zufolge stellt sich Deutschland angesichts der globalen Risiken derzeit als Hort der Stabilität dar. Sparkassen und Landesbanken könnten weder eine Immobilienpreisblase noch eine zu lockere Kreditver-

gabe feststellen. Zwar seien die Kreditvolumina zuletzt stark gewachsen; dennoch wiesen die deutschen Unternehmen heute im Durchschnitt eine deutlich geringere Verschuldung als noch in Zeiten mit wesentlich höheren Zinsen auf.

Angesichts des hohen Anteils festverzinsten und langlaufender Kredite würde es zudem etwa sechs Jahre dauern, bis ein Zinsanstieg voll in die Unternehmen durchschlagen würde, erklärte der Präsident. Somit gebe es hierzulande weder eine übermäßige Verschuldung der Marktakteure, noch würden Zinsanstiege die deutschen Unternehmen übermäßig treffen. Auch das deutsche Finanzsystem sei stabil. Dies treffe in besonderer Weise für die deutsche Sparkassen-Finanzgruppe zu.

Schleweis sprach sich darüber hinaus für mehr Differenzierung und Proportionalität in der Finanzmarktregulierung aus. Die Nachkrisenmaßnahmen der G20, des Financial Stability Board und des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht hätten zwar die internationalen Großbanken gemeint, aber auch lokal verankerte und auf realwirtschaftliches Geschäft konzentrierte Kreditinstitute getroffen.

## Regulierungsflut

Aus Sicht des DSGV-Chefs passen zahlreiche Regulierungen nach der Finanzkrise nicht zum risikoarmen Geschäftsmodell der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie belasteten regional ausgerichtete Kreditinstitute übermäßig und führten inzwischen zunehmend dazu, dass sich kleinere, betriebswirtschaftlich gesunde Kreditinstitute nur deshalb zu größeren Einheiten zusammenschließen müssen, um die Regulierungsflut bewältigen zu können. Dies könne nicht die richtige Schlussfolgerung aus der Finanzmarktkrise sein.

Nachdem erst vor knapp einem Jahr Basel III finalisiert wurde, sei es nun an der Zeit, die Maßnahmen zu konsolidieren, wirken zu lassen und erkannte Inkonsistenzen zu bereinigen. „Gute Finanzmarktregulierung muss in den Bereichen wirksam bleiben, für die sie eigentlich gemacht wurde. Sie muss aber dort neu justiert werden, wo sie die Falschen getroffen hat. Das muss zehn Jahre nach der Finanzmarktkrise aus unserer Sicht eine entscheidende Schlussfolgerung sein“, stellte der Präsident fest. **DK**

## Stadtparkasse Augsburg:

# HAUS DER STIFTER wächst weiter

Der Trend, Teile seines Vermögens für gemeinnützige Zwecke zu geben, hält weiter an. Das bekommt auch das HAUS DER STIFTER der Stadtparkasse Augsburg zu spüren: 52 aktive Stiftungen haben sich seit der Gründung vor sechs Jahren mittlerweile unter dem Dach der Stiftergemeinschaft versammelt. 17 Förderstiftungen, die aktiv bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, und 35 persönliche Stiftungen stehen für soziale Verantwortung in und für die Region.

„Mit Geld kann man sein Glück nicht kaufen. Aber man kann anderen Glück schenken.“ Mit diesem Zitat von Freddy Mercury begrüßte Cornelia Kollmer, die Kuratoriumsvorsitzende, bei der Jahresveranstaltung Stifter, Spender und zukünftige Stifter, Vertreter der Förderinstitutionen und der begünstigten Einrichtungen sowie ihre Kuratoriumskollegen, u.a. Augsburgs OB Dr. Kurt Gribl und Friedbergs Bürgermeister Roland Eichmann. Ihr Dank galt den Stifterinnen und Stiftern für das Engagement und das Vertrauen, das diese der Gemeinschaft und auch der Stadtparkasse Augsburg geschenkt haben.

Über eine besondere Zuwendung durfte sich die Förderstiftung des Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung e. V. freuen: eine Wohltäterin, die nicht genannt werden möchte,

überwies 50.000 Euro als Zustiftung. Dr. Dr. Eckhard Eichner, der Vorstandsvorsitzende des AH-PV e.V., zeigte sich überwältigt: „Mit dem schlichten Wort ‚Danke‘ möchte ich für den Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung e.V. ausdrücken, was uns diese finanzielle Unterstützung bedeutet: Anerkennung für unsere Arbeit und unsere Ziele sowie mehr Gestaltungsspielräume, die wir ohne dieses Zutun nicht hätten. Deshalb, einfach nur ‚Danke‘.“

Rund 40 Einrichtungen, fast alle in der Region, erhielten Geld für ihre soziale Arbeit, insgesamt wurden in den letzten sechs Jahren knapp 400.000 Euro ausgeschüttet. Die Stadtparkasse Augsburg hilft auch weiterhin aktiv mit und wird heuer die erfolgreiche Aktion „Wir doppelte Ihre Weihnachtsspende“ wieder auflegen. **DK**



# Engagieren ist einfach.



sparkasse.de

Wenn man weiß, dass man das Richtige tut. Und wenn es jemanden gibt, der einen dabei unterstützt. Uns ist ehrenamtliches Engagement sehr wichtig. Daher fördern wir dieses auf vielfältige Weise. Erfahren Sie mehr in einem persönlichen Gespräch.

Wenn's um Geld geht



Qualitätsmanagement von der Grundlagenermittlung bis zur Objektüberwachung:

## Neubau eines Stauraumkanals im Rohrvortrieb in Nürnberg

Von den Anwohnern kaum wahrgenommen, realisiert die Stadt Nürnberg eines ihrer größten Abwasserprojekte der vergangenen Jahre. Das Gesamtprojekt unter dem Stichwort „Gebietssanierung Siedlungen-Süd“ erstreckt sich über insgesamt vier Stadtteile und soll das bestehende Kanalnetz hydraulisch verbessern, so dass die in DIN EN 752 geforderten Ziele von Entwässerungssystemen erreicht werden können.

Da die Gesamtmaßnahme voraussichtlich erst im Jahr 2031 fertig gestellt werden kann, fiel die Entscheidung hydraulisch besonders kritische Punkte mit Hilfe eines Stauraumkanals direkt zu „entschärfen“. Für die Errichtung kam aufgrund der vorliegenden Randbedingungen und insbesondere wegen der enormen Tiefenlage von gut 12 Metern nur der Rohrvortrieb in Frage. Unter der Federführung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung und Umweltanalytik (SUN) der Stadt Nürnberg wird diese Baumaßnahme, die im Gesamtplan den Bauabschnitt 5 darstellt, von Brochier Infra-Vortriebstechnik GmbH als Hauptauftragnehmer für die Rohrvortriebsarbeiten und dem Nachunternehmer Scharnagl Hoch- und Tiefbau GmbH für die Verbau-, Erd- und Stahlbetonarbeiten durchgeführt.

Mit dem Bau des Stauraumkanals aus Stahlbetonrohren, der aus einem Abschnitt DN 2400 und einem Abschnitt DN 1400 besteht und über ein Stauraumvolumen von insgesamt 4.300 m<sup>3</sup> verfügt, wurde Mitte 2017 begonnen. Ende 2019 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein und der Stauraumkanal in Betrieb genommen werden. Für die Vergabe der Vortriebsarbeiten wurde seitens des SUN von den Bietern ein Qualifikationsnachweis gefordert. Dieser konnte gemäß Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 von beiden Firmen erbracht werden.

Die Meldungen über Schadensfälle aufgrund von Überflutungen erreichten die Stadt Nürnberg in den vergangenen 20 bis 30 Jahren

immer regelmäßiger. Das betroffene Gebiet im Süden der Frankentropole ist seit 1908 nach und nach erschlossen worden. Die zunächst eher geringer anfallende Schmutzwassermenge stieg durch weitere Bebauung stetig an. Zudem führte nicht zuletzt der Trend der letzten Jahre, den Versiegelungsgrad der Grundstücksflächen kontinuierlich zu erhöhen, in Kombination mit Starkregenereignissen zu mehr Abwasser in den Kanälen.

### Know-how aus einer Hand

„Das Kanalnetz konnte da einfach nicht mitwachsen“, erläutert Dipl.-Ing. (FH) Tanja Stöhr, Sachgebietsleiterin Kanalbau beim SUN, die Ausgangslage. „Da die Gesamtbaumaßnahme gerade den besonders betroffenen Anwohnern erst im Jahr 2031 geholfen hätte, haben wir uns entschieden, durch den Bau eines Stauraumkanals, der unterhalb des jetzigen Kanalnetzes liegt, die Situation vorgezogen zu verbessern.“

Der Stauraumkanal wird bis zur Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme zunächst nur im Fall eines Regenwetterereignisses als Puffer genutzt. Das zwischengespeicherte, stark verdünnte Schmutzwasser wird dann über zwei Pumpwerke nach und nach in das bestehende Kanalnetz gepumpt, sobald dieses nach dem Regenereignis wieder Abwasser aufnehmen kann. Durch ingenieurmäßige technische Weitsicht in der Planung reinigt sich der Stauraumkanal zukünftig weitestgehend selbst. Auf diese Weise werden die

Unterhaltskosten für weitere Reinigungsmaßnahmen reduziert.

„In Nürnberg geht man bei der Planung und Durchführung von Projekten einen ganz besonderen Weg“, stellt Dipl.-Ing. Dieter Walter, Prüflingenieur beim Güteschutz Kanalbau, fest. „Da wird das jeweilige Projekt entsprechend den HOAI Leistungsphasen von der Grundlagenermittlung bis zur Objektbetreuung von qualifizierten Teams intern bearbeitet. Dazu gehört immer neben einer Projektleitung ein Planer, ein Zeichner und ein Bauüberwacher.“ Ingenieurbüros werden z.B. für komplexe Verkehrsleitplanungen eingebunden. Für das geologische Baugrundgutachten war bei dieser Baumaßnahme die LGA Bautechnik GmbH verantwortlich.

### Trassenplanung mit „Hindernissen“

Dipl.-Ing. (FH) Gunter Schramm, Planer beim SUN und Mitglied in dem Team, das den Bauabschnitt 5 begleitet, war für die Trassenplanung des Stauraumkanals zuständig. „Die Situation war komplexer als zunächst gedacht. Die Trassenführung des Stauraumkanals musste in Abhängigkeit von mehreren Randbedingungen gefunden werden.“ Schramm spielt damit auf die verschiedenen Herausforderungen an, die bei der Planung berücksichtigt werden mussten: In den vorhandenen Grünstreifen zwischen den beiden zweispurigen Richtungsfahrbahnen durfte der Kanal nicht verlegt werden, da er als Straßenbahnerwartungsland freigehalten werden muss und keinerlei bauliche Einrichtungen innerhalb eines 7 Meter breiten Streifens liegen dürfen. Zusätzlich dient der Bereich der Baustelle derzeit als Umleitung für den Schwerlastverkehr einer

anderen Großbaustelle in Nürnberg. „Im Endeffekt haben wir uns dazu entschieden, die Trasse unterhalb der zweispurigen Fahrbahn stadtauswärts zu legen“, so Schramm. Dabei durfte die Fahrbahn aber während der Baumaßnahme nicht gesperrt werden. Ein weiterer Punkt, aufgrund dessen sich das Nürnberger Team für den Rohrvortrieb entschieden hat.

### Rohrvortrieb in drei Etappen

Gebaut wird der Stauraumkanal in drei Vortrieben: Zwei davon verfügen über den Durchmesser DN 2400 der Dritte hat einen Durchmesser von DN 1400. „Das liegt daran, dass in diesem Abschnitt die notwendige Überdeckung für einen Vortrieb DN 2400 zu gering gewesen wäre“, erklärt Dipl.-Ing. (FH) Miriam Liß, Projektleiterin für den Bauabschnitt 5 beim SUN. Der Vortrieb DN 2400 wird von einer Startbaugrube aus in zwei Richtungen vorgenommen. Die erste Vortriebsstrecke mit einer Länge von rund 300 Metern ist bereits fertiggestellt.

„Derzeit haben wir das Widerlager in der Startbaugrube umgebaut, so dass wir den zweiten Vortriebsabschnitt mit einer Länge von rund 600 m starten können“, erklärt Dipl.-Ing. Piotr Scharlata, Bauleiter von Brochier Infra-Vortriebstechnik. Und Dipl.-Ing. (FH) Markus Brüderer, Bauleiter von Scharnagl Hoch- und Tiefbau GmbH ergänzt: „Hierfür mussten wir die Startbaugrube zunächst um knapp 2 Meter tiefer ausheben, da der zweite Vortriebsabschnitt tiefer liegt als der erste. Etwas aufwendiger war da die Gestaltung und Ausbildung des Widerlagers.“

Immerhin durfte der bereits verlegte Rohrstrang nicht durch die Einleitung der Pressenkraft in den Baugrund beschädigt werden. „Bei der Wahl der Vortriebsmaschine kann man im Prinzip zwischen einem geschlossenen und einem offenen Schild wählen“, so Liß. Bei dieser Baumaßnahme entschied sich das Team des SUN für einen offenen Schild, dessen Abkammer aufgrund des anstehenden Grundwassers mit Druckluft zwischen 0,3 und 0,4 bar beaufschlagt wird. „Bei einem geschlossenen Schild kann es immer mal wieder passieren, dass es ein Problem im Baugrund gibt, der eine Bergegrube notwendig machen würde. Und das wäre bei der Umleitung für den Schwerlastverkehr, die um die Baustelle führt, nicht möglich gewesen“, erklärt Liß die Entscheidung für einen offenen Schild mit einer rotierenden Schräme.

Walter bedauert, dass der Rohrvortrieb derzeit viel zu wenig Anwendung findet: „Es gibt derzeit acht Vortriebsfirmen mit dem Gütezeichen VOD in Deutschland, die einen Vortrieb unter Druckluftstützung durchführen. Bei diesen Firmen wird kontinuierlich geprüft, ob neben dem qualifizierten Personal auch ausreichende Referenzen zum Erhalt des Gütezeichens VOD vorliegen.“

Eine weitere Ursache ist, dass die Ingenieurbüros über spezialisiertes Wissen verfügen müssen, um die komplexe Ausschreibung für den sogenannten „Grabenlos bemannten Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen mit offenen steuerbaren Schilden unter Druckluft“ erstellen zu können. Dabei sei dieses Verfahren vielfältig einsetzbar und biete viele Vorteile. Einer ist, dass die Anwohner kaum etwas von der Baumaßnahme mitbekommen. Diesen Umstand kann Miriam Liß nur unterstreichen: „Bei uns haben bereits Anwohner angerufen und gefragt, wann wir denn endlich mit dem Bau beginnen. Und dabei war der erste Rohrstrang schon fertiggestellt.“ „Wir haben hier ein gutes Projektteam. Die Zusammenarbeit in der Bauausführung läuft reibungslos und sehr gut“, zieht Reinhard Lang, zuständig für die Bauüberwachung beim SUN ein erstes Zwischenfazit. □



Die Hochwassergefahrenkarte am Main ist eine wichtige Planungshilfe für die Anliegerkommunen. □

LfU Hochwasserkarten:

## Jede Gemeinde kann ihr Risiko einsehen und vorsorgen

Hochwasser kann fast jeden treffen. Das haben die Hochwasserereignisse der jüngeren Vergangenheit in Bayern gezeigt. Doch wie groß ist das Risiko für die einzelnen bayerischen Gemeinden eigentlich genau? Und was sind die geeigneten Schutzmaßnahmen vor Ort? Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen sind Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), die jede Kommune online einsehen kann. Für weiterführende Auskünfte und Beratungen stehen die örtlichen Wasserwirtschaftsämter zur Verfügung.

Hochwasserkarten zeigen ganz konkret, welche Grundstücke wie stark von einem Hochwasser betroffen sein können. Damit sind sie eine wertvolle Hilfe für die Kommunen und Bürger, um das Hochwasserrisiko abzuschätzen und entsprechend vorzusorgen.

Es gibt zwei Typen von Gefahrenkarten. Der erste zeigt, wo Hochwasser mit hoher, mittlerer und niedriger Eintrittswahrscheinlichkeit auftreten kann. Im zweiten lässt sich nachschauen, wie hoch das Wasser in den überschwemmten Gebieten jeweils stehen würde.

### Risikokarten als Ergänzung

Ergänzt werden die Gefahrenkarten durch Risikokarten. Sie zeigen zusätzlich die Nutzung der potentiell von Hochwasser betroffenen Gebiete. Damit lässt sich das Schadenpotential abschätzen, das beispielsweise in Wohn- und Industriegebieten höher ist als auf unbepflanzten Grünflächen.

Der Nutzen der Hochwasserrisikokarten für die Gemeinden ist viel-

fältig: Sie dienen als Informationsmaterial für die Öffentlichkeit, sind Grundlage für Hochwasserschutzplanungen und für die Bauleitplanung bzw. Siedlungsentwicklung. Außerdem werden sie als Entscheidungshilfe im Hochwasserfall eingesetzt.

### Laufende Aktualisierung

Derzeit aktualisiert das LfU gemeinsam mit den Wasserwirtschaftsämtern das Kartenmaterial für 2.400 Kilometer Gewässer in Bayern. Die Arbeiten sollen bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Der Freistaat investiert dafür rund 10 Millionen Euro. Insgesamt gibt es dann Gefahren- und Risikokarten für rund 8.300 Kilometer Gewässer in Bayern.

Ab 2020 findet bayernweit unter der Federführung des LfU ein breit angelegter Risikodialog für die Städte und Gemeinden statt. Hierbei wird die individuelle Hochwassergefährdung mit Vertretern der Wasserwirtschaftsämter erörtert. Die Kommunen erhalten Beratung und entwickeln aktiv Maßnahmen, wie das Hochwasserrisiko reduziert werden kann. □

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

## 14. Bayerische Wassertage

Fachkongress am 14. und 15. November 2018 in Augsburg

Der Förderverein KUMAS e. V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Partnern Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG, MVV Industriepark Gersthofen GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) zum 14. Mal in Folge die Bayerischen Wassertage.

Der Fachkongress hat sich als Treffpunkt und Austauschplattform für Betreiber genehmigungspflichtiger Anlagen, Behörden, Planungs- und Gutachterbüros etabliert und dient dem Update zu wasserrechtlichen und umwelttechnischen Fragestellungen. Betriebsbeauftragte für den Gewässerschutz nach WHG können ihre Kenntnisse auffrischen und ihrer gesetzlich geforderten Fortbildungspflicht nachkommen.

Als Themenschwerpunkte sind geplant:

- Aktuelle Entwicklungen im Wasserrecht
- Abwasserabgabengesetz
- Betrieb von Verdunstungskühlanlagen, Kühltürmen und Nassabscheidern – 42. BImSchV
- Wasserbehandlung und -aufbereitung, technische Ausführung von Maßnahmen bei Überschreitung der Prüfwerte
- Erfahrungen mit der Umsetzung der Anforderungen aus der AwSV
- Wasserwirtschaft 4.0 – Intelligente Verknüpfung von Daten für die Zukunft der Wasserbewirtschaftung
- Mikroplastik in Gewässern: Relevanz, Ursachen, Entwicklungen, Konsequenzen und Lösungsansätze

Begleitet wird der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, in der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Besuchern präsentieren.

**Ausführliches Veranstaltungsprogramm und Online-Anmeldung unter [www.wassertage.bayern](http://www.wassertage.bayern).** □

# Spatenstich für Klärschlamm-Trocknungsanlage Zolling

Gemeinschaftsprojekt von Bayernwerk Natur, ENGIE und Freisinger Stadtwerken

Vor kurzem erfolgte der offizielle Spatenstich für die Klärschlamm-Trocknungsanlage am Kraftwerksstandort Zolling. Bau und Betrieb der Anlage ist ein gemeinsames Projekt der Bayernwerk Natur GmbH, der ENGIE Kraftwerk Zolling GmbH sowie der Freisinger Stadtwerke. Die Genehmigung nach §4 BImSchG wurde nach sorgfältiger Prüfung vom Landratsamt Freising erteilt.

Wie Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, betonte, „schränken neue gesetzliche Rahmenbedingungen die Ausbringung von Klärschlamm auf Feldern künftig sehr

stark ein. Die Verwertung von Klärschlamm ist daher besonders in Bayern eine der herausragenden kommunalen Zukunftsfragen. Gemeinsam mit unseren lokalen Partnern geben wir mit unserer neuen Klärschlamm-Trocknungsanlage in Zolling eine nachhaltige Antwort darauf.“ Die Anlage ist für 150.000 Tonnen mechanisch entwässerten Klärschlamm genehmigt, der aus den umliegenden Gemeinden angeliefert wird.

## Umweltaspekte im Vordergrund

Bei der Trocknungsanlage stehen Umweltaspekte im Vordergrund. Bereits die Baufeldfreimachung erfolgte mit ökologischer Begleitung durch einen Landschaftsarchitekten. Durch die öffentlich-rechtliche Kompensationsverpflichtung ist die Baumaßnahme ökologisch neutral.

Die für den Betrieb erforderliche Wärme stammt aus umweltfreundlicher Kraft-Wärme-

Kopplung. Der getrocknete Klärschlamm wird direkt im Kraftwerk als Brennstoff genutzt, ersetzt dort Kohle und reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Die Abluft wird mit aufwändiger Technik gereinigt, so dass die gesetzlichen Vorgaben weit unterschritten werden. Effiziente Schallschutzmaßnahmen und ein ausgeklügeltes Klärschlammhandling sorgen dafür, dass die Anlage in den Nachbargemeinden weder hör- noch riechbar ist. Dass dies auch in Zukunft so sein wird, dafür sorgt kompetentes Personal am Standort.

## Effizient und nachhaltig

Die Trocknungsanlage ist optimal auf die Standortbedingungen abgestimmt. Sie ist effizient, nachhaltig und ein wichtiger Schritt hin zu einem klimafreundlichen Kraftwerksstandort.

Laut Lothar Schreiber, Geschäftsführer Kraftwerk Zolling und Trocknungsanlage, „ist dies ein wichtiges Projekt für den Standort Zolling und unsere Mitarbeiter. Besonders wichtig war uns die frühzeitige und umfassende Einbindung der Bevölkerung, so dass es keine Einwendungen während des Genehmigungsverfahrens gab.“

## Regelwerk – Neuerscheinung:

# Technische Dichtigkeit von Membranspeichersystemen

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat das Merkblatt DWA-M 375 „Technische Dichtigkeit von Membranspeichersystemen“ veröffentlicht.

Biogasanlagen verfügen in aller Regel über ein Speichersystem, um das produzierte Biogas vor der Verwertung zwischenspeichern zu können. Schwankungen in der Biogasproduktion können somit gepuffert werden, bevor das Gas einer Verwertung z. B. in einem BHKW zugeführt wird.

Das vorliegende Merkblatt DWA-M 375 definiert Anforderungen an die Gewährleistung der Dichtigkeit von (quasi-)drucklosen Biogasspeichersystemen und beschreibt die nach dem Stand der Technik geeigneten Prüfmethoden. Dabei werden die für die Gewährleistung der Dichtigkeit relevanten technischen Komponenten in Bezug auf dieses Schutzziel betrachtet (Membrane, Einspannung, Einbauten, Durchführungen, relevante Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen).

Der Geltungsbereich des Merkblatts fokussiert auf volumetrische Membranspeichersysteme, die zu meist als Dachspeichersysteme, z. B. auf dem Fermenter, Nachgärer oder Gärproduktlager, ausgeführt werden oder aus einer Bodenplatte bestehen, die mit einer Membrane überspannt ist. Darüber hinaus werden auch die Ausführung von Biogasspeichern als Membransack oder Gaskissen berücksichtigt.

## Enge fachliche Kooperation

Seit April 2012 haben der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW), der Fachverband Biogas e. V. (FvB) und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) eine enge fachliche Kooperation im Bereich Biogas vereinbart. Ein wesentliches Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, hinsichtlich der sicherheitsrelevanten Anforderungen an die Errichtung und den Betrieb von Biogasanlagen konsistente Mindeststandards zu etablieren.

Mit dem Merkblatt DWA-M 375 legen DVGW, FvB und DWA gemeinsam eine technische Regel vor, die technische Leitlinien für Planung, Bau und Betrieb von Membranspeichersystemen gibt, um Leckagen und Gasverluste entsprechend dem Stand der Technik zu minimieren. Das Merkblatt

# Wege zur kommunalen Überflutungsvorsorge

Publikation präsentiert Difu-Projektergebnisse

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine Publikation mit den Ergebnissen des Projekts „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ vorgestellt. Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) hatten Vertreter aus der Stadt-, Straßen- und Grünflächenplanung bzw. Umwelt sowie den Stadtentwässerungsabteilungen und -betrieben von 15 Städten intensiv an konkreten Aufgabenstellungen der Überflutungsvorsorge gearbeitet.

Vor dem Hintergrund einer ausgewogenen regionalen Verteilung waren Städte mit einer möglichst großen Bandbreite unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Erfahrungsbedingungen bezüglich der Überflutungsvorsorge beteiligt. Neben Wissensvermittlung und Sensibilisierung für das Thema standen praxisorientierter Erfahrungsaustausch zwischen den Fachressorts und modellhaftes Entwickeln konkreter Herangehensweisen für den Neubau und den Bestand im Vordergrund des Projekts. Als bayrischer Kooperationspartner fungierte Nürnberg.

## Vordringliche Fragen

Die Hauptteile der Publikation stellen die beiden Kapitel „FAQ zur Gemeinschaftsaufgabe Überflutungsvorsorge – Fachliche Empfehlungen aus dem Projekt“ und „Werkstatt-to-go – Methodische Empfehlungen aus dem Projekt“ dar. In den FAQ werden zu den folgenden fünf Unterthemen Antworten auf Fragen formuliert, die in den Werkstätten als vordringlich identifiziert wurden: Prozess und Organisation, rechtliche Aspekte, finanzielle Aspekte, Planungskriterien und Umsetzung, Betrieb und Unterhaltung.

Die Empfehlungen zu einer „Werkstatt-to-go“ bündeln die unterschiedlichen, in den Werkstätten angewendeten Methoden und bieten eine Anleitung zum „Selbermachen“ in der Kommune. Die Broschüre schließt mit Forderungen und offenen Fragen an Politik und Verwaltung sowie Technik und Forschung.

Um die Überflutungsvorsorge

zu etablieren, sollten laut Handreichung alle Planer in der Stadt auf die vorhandenen und relevanten Daten unkompliziert zugreifen können. Dies gilt auch für andere Themen, die integriert bearbeitet werden müssen (beispielsweise Barrierefreiheit, Klimaschutz und Klimaanpassung).

Die Stadt Nürnberg nutzt dazu bereits seit vielen Jahren einen von vielen Ämtern gepflegten virtuellen Datenpool als Informationssystem für die Stadtsteuerung. Die unterschiedlichen Dienststellen haben hierüber Zugriff auf statistische Daten (raumbezogene Geofachdaten, die von den verschiedensten Dienststellen bereitgestellt werden) inklusive professionell gestalteter Karten und Pläne.

Zur zielgerichteten und effizienten Überflutungsvorsorge sind solide Grundlageninformationen und ein übergeordnetes kommunales Handlungskonzept erforderlich. Bei den Grundlageninformationen sind insbesondere Überflutungsgefahren- bzw. Risikokarten hilfreich. Um diese erstellen zu lassen, bedarf es meist der Beauftragung eines qualifizierten Ingenieurbüros. Geeignet sind insbesondere Klimaanpassungskonzepte, aber auch spezifische Konzepte.

Die Norisstadt beginnt mit dem Projekt „Hydrodynamische Kanalnetzüberrechnung“ hinsichtlich der Überflutungsvorsorge einen intensiven Dialog zwischen Stadtentwässerung und Stadtplanung. Wichtig für die Stadtplanung (Stadtgestaltung und Bauleitplanung) sind laut Publikation jeweils standortbezogene Risikoermittlungen/Risikobewertungen und fachliche Handlungsempfehlungen. **DK**

## RENEXPO® INTERHYDRO in Salzburg

Am 29. und 30. November 2018 wird die RENEXPO® INTERHYDRO in der Messe Salzburg erneut zu Europas Wasserkraft-Treffpunkt Nr. 1.

Wirtschaft und Industrie, Behörden und Kommunen, Politik und Medien sowie Wissenschaft und Forschung: Auf der Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa treffen sich rund 2.500 Experten der Branche, 125 Aussteller werden erwartet. Zahlreiche renommierte Institutionen und Organisationen stehen im Messebeirat und als ideale Träger hinter der Veranstaltung, so zum Beispiel der Bundesverband deutscher Wasserkraftwerke e.V. (BDW), Kleinwasserkraft Österreich, die European Renewable Energies Federation (EREF), der VGB PowerTech e.V. sowie die Arbeitsgemeinschaft Alpine Wasserkraft e.V. (AGAW). Der Kongress behandelt Themen wie Wasserkraft und Energiespeicher, gewässerökologisch verträglicher Wasserkraftausbau, aktuelle Rahmenbedingungen sowie Technik, Wirtschaftlichkeit, Vermarktung und Modernisierung im Bereich der Wasserkraft. Auch das Europäische Wasserkraft-Verbände-Treffen findet in diesem Jahr erneut statt.

# Neue Kommandozentrale für den Hochwasserschutz

Der Schutz vor Hochwasser ist eine wesentliche Gemeinschaftsaufgabe. Im Rahmen einer mehrjährigen Baumaßnahme wird in Deggendorf eine neue Flussmeisterstelle inklusive angegliederter Maschinen- und Elektrowerkstatt mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 22 Millionen Euro errichtet.

Beim offiziellen Spatenstich betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Hochwasserschutz kann Leben retten. Dazu braucht es Spezialeinheiten wie die Flussmeisterstellen. Spezialeinheiten müssen perfekt funktionieren und ausgestattet sein. Die Investition in eine neue Flussmeisterstelle ist bestens angelegtes Geld. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sind bereits in der Vergangenheit bei der Bewältigung von Hochwassersituationen über sich hinausgewachsen. Dabei wollen wir ihnen auch in Zukunft die richtigen Rahmenbedingungen geben.“

Die Flussmeisterstelle betreut 170 Kilometer Hochwasserschutzdeiche und -mauern, fast 400 Bauwerke und 187 Kilometer Gewässer in staatlicher Unterhaltungslast. Der Neubau wird rund 4500 m<sup>2</sup> Nutzfläche umfassen und

soll bis 2021 fertiggestellt werden. Der Hochwasserschutz in Bayern läuft mit aktuell rund 250 Projekten auf Hochtouren. 3,4 Milliarden Euro werden dafür bis Ende 2020 investiert. Eine kraftvolle Fortführung des Hochwasserschutzes hat das Kabinett kürzlich beschlossen. Huber: „Bayern ist ein Wasserland. Die Menschen in Bayern sollen sicher sein. Deshalb verstärken wir unsere Anstrengungen beim Hochwasserschutz noch einmal deutlich. Mit unserem neuen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 werden wir in Zukunft insgesamt weitere 2 Milliarden Euro in unsere Gewässer investieren.“

Das neue Gewässer-Aktionsprogramm 2030 knüpft ab 2021 nahtlos an die bisherigen Maßnahmen an. Bis Ende 2030 sollen damit weitere 150.000 Menschen in Bayern geschützt werden. **□**

## Klärschlammverwertung in Bayern effektiv gestalten:

# Neue Beratungsstelle für Kommunen

Bayerns Kommunen werden bei der Verwertung anfallenden Klärschlammes künftig landesweit intensiv beraten. Das betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber nach einem Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände.

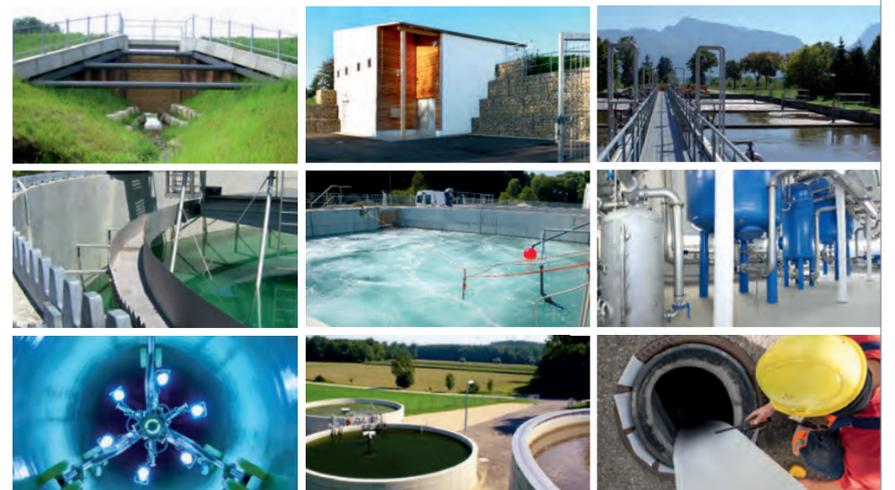
Huber: „Die effektive Verwertung von kommunal anfallendem Klärschlamm ist ein wichtiger Beitrag zu einem nachhaltigen Umwelt- und Ressourcenschutz. Wir lassen unsere Kommunen mit dieser Thematik nicht allein. Wichtig ist eine intensive und regionale Beratung. Daher schaffen wir eine neue Beratungsstelle für die Kommunen. Wir stehen den Kommunen außerdem mit Informationsveranstaltungen zur Seite.“

Die neue Beratungsstelle wird bei der DWA, Landesverband Bayern, angesiedelt. Daneben wird ebenfalls bei der DWA ein Klärschlammbeirat eingerichtet, in dem die kommunalen Spitzenverbände

und der Freistaat vertreten sind. Im Rahmen der Beratung sollen Kommunen Wege aufgezeigt werden, wie sie den vor Ort anfallenden Klärschlamm bestmöglich verwerten können. Auch interkommunale Lösungen, etwa zur regionalen Trocknung und energetischen Verwertung in geeigneten Anlagen sind dabei zu prüfen. Aus Sicht des Umweltministeriums könnte sich zum Beispiel eine Zusammenarbeit der Gemeinden mit Landkreisen und kreisfreien Städten anbieten, die mit ihren Müllverbrennungsanlagen schon Einrichtungen betreiben, die grundsätzlich auch für die thermische Behandlung von Klärschlamm geeignet sind. **□**

## Wipfler PLAN

Regionale Umweltgestaltung  
Infrastrukturentwicklung



## Nachhaltige Lösungen für die öffentliche Wasserwirtschaft.

Kläranlagen, Kanalisation und Trinkwasserversorgung sind aktive Posten im Umweltschutz jeder Kommune.

Bauwerke und Anlagen müssen deshalb langlebig, energieeffizient und ressourcenschonend errichtet und betrieben werden.

Ob Abwasserreinigung, Kanalnetze, Wasserversorgung oder Hochwasserschutz: WipflerPlan liefert Ihnen nachhaltige Planungskonzepte für den gesamten Wasserkreislauf aus einer Hand.

Unsere erfahrenen Spezialisten der Verfahrenstechnik und des Ingenieurbaus erarbeiten maßgeschneiderte Lösungen für Ihre Region.

Fordern Sie uns heraus!

Ortsplanung | Kläranlagen | Objektplanung | Landschaftsplanung | Straßenbau | Straßenplanung | Verkehrsplanung | Kanalsanierung | Lärmschutz | Kanalnetze | Hochwasserschutz | Bauwerksprüfung | Vermessung | Bauleitung | Baulanderschließung | Erschließungsträger | Projektsteuerung | Wasserwirtschaft | Geodatenmanagement | Energiemanagement | Wasserversorgung | Beiträge & Gebühren

wipflerplan.de

Niederlassung Pfaffenhofen  
Hohenwarter Straße 124  
85276 Pfaffenhofen  
Tel. 08441 5046-0

Niederlassung Donaueschingen  
Standort Nördlingen  
An der Lach 11 a  
86720 Nördlingen  
Tel. 09081 27509-30

Standort Donaauwörth  
Äbtissin-Gunderada-Straße 3  
86609 Donaauwörth  
Tel. 0906 999851-0

Niederlassung München  
Fraunhoferstraße 22  
82152 Planegg bei München  
Tel. 089 895615-0

Niederlassung Allgäu  
Gschwender Straße 8  
87616 Marktberdorf  
Tel. 08342 89586-0

Frauenforum im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

## Die Gesundheit im Blick

Bei der jüngsten Sitzung des Frauenforums im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen erhielten die Teilnehmerinnen Einblicke in die Gesundheitsregionplus Altmühlfranken. Referentin Nina Silbereisen informierte über die Entstehungsgeschichte und aktuelle Projekte.

Begonnen hat alles mit dem Modellprojekt „Regionale Gesundheitskonferenzen“, an welchem der Landkreis von Oktober 2013 bis Dezember 2014 erfolgreich teilgenommen hat. Daraus entwickelte sich die Gesundheitsregionplus. Seit März 2014 hat die Geschäftsstelle ihre Arbeit aufgenommen und ist im Landratsamt angesiedelt.

Die Gesundheitsregionen werden vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unterstützt und vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gefördert. Der aktuelle Förderzeitraum läuft bis Dezember 2019. In Bayern gibt es derzeit 41 Gesundheitsregionenplus.

### Kernstück Gesundheitsforum

Das Kernstück der Gesundheitsregionplus ist das Gesundheitsforum als zentrales Leitungs- und Steuerungsgremium. Darin sind regionale Vertreterinnen und Vertreter des ärztlichen Kreisverbandes, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenhäuser und Krankenkassen, des Gesundheitsamtes und der Patientenvertretung vereint. Das Gesundheitsforum gliedert sich in die vier Arbeitsgruppen Ärztliche Versorgung, Gesundheitsförderung und Prävention, Pflege und medizinisch-soziale Versorgung sowie Hospiz- und Palliativversorgung.

„Aus den einzelnen Arbeitsgruppen entstehen viele wichtige Projekte, die die hochwertige und wohnortnahe, medizinische

Versorgung in der Region verbessern“, erläuterte die Mitarbeiterin der Gesundheitsregionplus Nina Silbereisen.

In der Arbeitsgruppe „Ärztliche Versorgung“ werden Möglichkeiten gesucht, um den zunehmenden Ärztemangel entgegenzuwirken. Es wurden zum Beispiel eine Ärztebefragung auf Landkreisebene durchgeführt oder eine Aus- und Weiterbildungsbörse sowie die medizinische Ferienakademie für Medizinstudentinnen und -studenten eingerichtet. In letzterer sollen Medizinstudenten angeworben werden und sich später in der Region Altmühlfranken niederlassen.

### Gesundheitsförderung und Prävention

Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“ hat bisher die Gesundheitsziele psychische Gesundheit und Prävention von Essstörungen behandelt. Es wurde unter anderem ein Flyer mit Kontaktadressen für Menschen in psychischen Krisen herausgegeben und eine Kinovorstellung sowie eine Ausstellung mit Theaterstück zum Thema Essstörungen durchgeführt. Darüber hinaus wird der Schultag „Verrückt? Na und!“ angeboten, der Schülerinnen und Schüler über psychische Krankheiten aufklären soll.

Das Pflegeforum Altmühlfranken ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe „Pflege und medizinisch-soziale Versorgung“. Ziel dieses Forums ist die regelmäßige Information der Pflegekräfte

über wichtige Themen und Neuerungen aus dem Pflegebereich. Es ist eine Austauschplattform und klärt auch pflegende Angehörige über das regionale Angebot auf. Am 10. und 17. November 2018 findet im Forsthaus in Treuchtlingen die Schulung „Hilfe beim Helfen“ statt.

Das nächste Pflegeforum am 26. März 2019 in Gunzenhausen bietet den Pflegenden etwas zum Thema Humorpflege. Der Diplom-Pflegewirt und Klinikclown Andreas Schock wird dort referieren. Außerdem wird die Reform der Pflegeberufe thematisiert. Ein weiteres Projekt der Arbeitsgruppe „Pflege und medizinisch-soziale Versorgung“ ist der Pflegeüberleitungs- und Wundüberleitungsbogen. Dieser soll die Überleitung von Pflegebedürftigen und Patienten zwischen den Leistungsträgern optimieren, damit eine nahtlose und gute Versorgung garantiert werden kann.

### Hospiz- und Palliativversorgung

In der Arbeitsgruppe „Hospiz- und Palliativversorgung“ wurde das Hospiz- und Palliativnetzwerk Südfranken (HPNV Südfranken) gemeinsam mit dem Landkreis Roth gegründet. Es verbessert die allgemeine ambulante Palliativversorgung und den Austausch der Akteure. Darüber hinaus wurde die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) mit Sitz in Pleinfeld eingerichtet.

Durch geschulte Pflegekräfte und Palliativmediziner wird eine ambulante Behandlung und Versorgung in häuslicher Umgebung von Menschen, die an einer nicht heilbaren Erkrankung lei-

den, an 365 Tagen im Jahr und an 24 Stunden am Tag sichergestellt. „Die Gesundheitsregionplus ist für die Region Altmühlfranken eine große Bereicherung und wir haben seit März 2014 schon sehr viel erreicht“, bilanzierte Silbereisen.

Nach der Vorstellung der Gesundheitsregionplus plante das Frauenforum die Veranstaltungsreihe zum Internationalen Frauentag 2019. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass die Reihe auch im kommenden Jahr stattfinden soll. Es wird wie im letzten Jahr ein Veranstaltungsflyer erstellt. Vorträge, Workshop sowie weitere Termine, die in den Flyer aufgenommen werden sollen, können bis zum 10. Dezember 2018 an die Gleichstellungsstelle (E-Mail: gleichstellung.lra@landkreis-wug.de) gemeldet werden.

Zum Abschluss machte die Gleichstellungsbeauftragte Agnes Müller auf den Infotag „Beruf und Familie“ aufmerksam. Dieser findet am 6. November 2018 von 9 bis 13 Uhr im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit in Weißenburg statt.

„Der Tag bietet umfangreiche Informationen und Vorträge für alle, die nach einer Auszeit, zum Beispiel wegen der Kindererziehung oder Pflege, wieder in den Beruf einsteigen wollen“, wirbt die Gleichstellungsbeauftragte Agnes Müller. Außerdem präsentieren sich zahlreiche Aussteller mit Infoständen zum Thema „Zurück in den Beruf: Starten Sie durch!“



Landrat Franz Meyer (l.) und Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Graf (v.r.) gratulierten den neuen Ehrenringträgern Centa Stadler und Max Brandl.

## Hohe Auszeichnungen im Landkreis Passau

Neuburg a.Inn. Über die hohe Auszeichnung mit dem Ehrenring des Landkreises Passau und der Baptist-Kitzlinger-Plakette durften sich am Montag fünf Frauen und Männer aus dem Passauer Land freuen.

„Ihre Leistungen und Verdienste gehen weit über das übliche Maß hinaus“, sagte Franz Meyer mit Blick auf die Ausgezeichneten. Die im Kreistag stets einvernehmlichen Entscheidungen über die Auszeichnung würden die Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Geehrten unterstreichen.

Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Graf hob in seiner Rede die Besonderheit der Auszeichnungen hervor. Durch die Limitierung auf gleichzeitig 15 lebende Ehrenringträger und dass die Bap-

tist-Kitzlinger-Plakette jährlich nur an höchstens fünf Personen vergeben werden darf, zeige den hohen Wert der Ehrungen.

In den Laudationes würdigte Landrat Franz Meyer die Leistungen und Verdienste der neuen Ehrenringträger Centa Stadler und Max Brandl sowie die diesjährigen Empfänger der Baptist-Kitzlinger-Plakette Marlene Kaulmann, Walter Hengstberger und Josef Bertl. „Sie alle haben Großartiges geleistet und sind Vorbilder für die Gesellschaft“, so Landrat Meyer.

## FOS Haar offiziell eröffnet

Was hat der Apostel Paulus mit der neuen FOS im Landkreis München zu tun? Diese Frage warf Konrad Maurer, Ministerialbeauftragter für die Berufliche Oberschule in Südbayern, in seiner Ansprache zur Eröffnung der neuen Fachoberschule in Haar auf – und lieferte die Antwort gleich hinterher: Wie einst Paulus einige Zeit benötigt habe, sich zum Christentum zu bekennen, habe es auch einiger Anstrengungen bedurft, bis die erste FOS im Landkreis genehmigt, geplant und umgesetzt werden konnte.

Danach jedoch seien beide – der Apostel wie auch der Landkreis – eifrige Gründer geworden; der eine von Kirchen, der andere von Fachoberschulen: auch eine dritte FOS in Oberhaching wurde inzwischen auf den Weg gebracht. Und auch die Vorreiterrolle sei beiden gemein. So habe bereits die erste Fachoberschule des Landkreises in Unterschleißheim als erste staatliche FOS in Oberbayern die Ausbildungsrichtung „Gestaltung“ anbieten können. Und auch in Haar sei dieser Pioniergeist spürbar. Schließlich wird hier seit der Betriebsaufnahme zum Schuljahr 2018/2019 erstmals auch die Ausbildungsrichtung „Gesundheit“ angeboten. Dabei sei es in Haar zum ersten Mal der Fall, dass eine neue staatliche Fachoberschule auch gleich ein brandneues Profil anbieten könne, so Maurer.

Voraussichtlich fünf Jahre lang wird der Unterricht an der neuen FOS Haar auf rund 2.400 Quadratmetern in eigens für den Schulbetrieb umfunktionierten Gewerberäumen in der Hans-Pin-

sel-Str. 10a in Haar stattfinden. In dieser Zeit soll ein neues Schulgebäude auf einem Gelände nahe der S-Bahn-Station Gronsorf entstehen, das zu einem späteren Zeitpunkt um eine Realschule und eine Berufsfachschule für Pflege mit Schwerpunkt Altenpflege zu einem Schulcampus erweitert werden soll.

Der Landkreis München steht hier schon seit längerem in Verhandlungen mit der Landeshauptstadt München über den Erwerb der notwendigen Grundstücksflächen. Die Stadtspitze trage dieses Vorhaben uneingeschränkt mit, versicherte Landrat Christoph Göbel. Durch die mögliche Lage der Schule in Gronsorf, in direkter Nachbarschaft zur Landeshauptstadt München, werde eine hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus dem Stadtgebiet erwartet. Langfristig sei davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der Schulbesucher aus der Landeshauptstadt komme. Umso wichtiger sei es, so Göbel, dass die Stadt in der Grundstücksfrage dem Landkreis entgegenkäme.



Die Initiative für Qualitätsmanagement IQM hatte ihre Mitgliedskliniken zur Teilnahme aufgerufen; das Klinikum Fürstentfeldbruck ist eines von über 370 Mitgliedern. Mitarbeiter des Landratsamtes konnten ihr theoretisch vermitteltes Wissen aktiv an einer Puppe anwenden und auch die Funktionen eines Defibrillators testen. Dadurch entstand das Gefühl, für einen Notfall gut gewappnet zu sein.

Bild: Landratsamt Fürstentfeldbruck



Ausgezeichnete Stimmung beim Bürgermeisterchoretreffen, dem über 150 Sängerinnen und Sänger aus Kulmbach, Rosenheim, Ostallgäu, Landshut und Südtirol beiwohnten.

## Bürgermeisterchoretreffen in Rothenburg o.d. Tauber

Rothenburg o.d. Tauber, eine bestens erhaltene mittelalterliche Stadt im Landkreis Ansbach und wohl weltweit bekannter als manche deutsche Großstadt, war an einem Oktoberwochenende Treffpunkt der Bürgermeisterchöre aus Bayern und Südtirol. Der gastgebende Bürgermeisterchor aus dem Landkreis Ansbach hatte die Idee, nachdem es doch einige andere Bürgermeisterchöre in Bayern gibt, diese zu einem Konzert für einen guten Zweck zusammen zu bringen. Der Einladung kamen zahlreiche Chöre nach. Zu Gast waren die Chöre der Bürgermeister aus Kulmbach, Rosenheim, Ostallgäu, Landshut und der Bürgermeisterchor aus Südtirol.

Jeder Chor studierte Lieder ein und präsentierte regionales Liedgut – getragen und feierlich, fein und mit viel Harmonie vorgetragen in der vollbesetzten St.-Jacobs-Kirche für ein Schulprojekt in Tansania.

Eine Besonderheit wählte der Südtiroler Chor. Seine drei Lieder trug er in Deutsch, italienisch und ladinisch vor. Dr. Benedikt Galler vom Südtiroler Gemeindeverband zeichnete für die Überset-

zung der Texte verantwortlich.

Zahlreiche Ehrengäste wohnten dem Treffen bei, unter ihnen der frühere bayerische Staatsminister Hans Maurer, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags Dr. Franz Dirnberger und der Landrat des Landkreises Ansbach, Dr. Jürgen Ludwig. Mehrere tausend Euro wurden gespendet und die Chöre dürfen hoffen, dass noch weitere großzügige

Spenden nachgereicht werden.

In der Reichsstadthalle klang der Abend aus. Als die Südtiroler ihr „Südtiroler Lied“ spontan zum Besten gaben, stimmte der ganze Saal mit über 150 Sängerinnen und Sängern mit ein.

Den Abschluss des Wochenendes bildete ein Schlussspektakel auf dem Marktplatz vor zahlreichen heimischen und ausländischen Gästen, dirigiert vom Ansbacher Chorleiter, 1. Bürgermeister Friedrich Wörrlein aus Dentelein a. Forst.

Aufgrund des großen Erfolgs kündigte der Kulmbacher Chor eine Wiederholung an; dem schlossen sich die Südtiroler an. Vielleicht ist das ja der Beginn einer neuen Tradition – die Bürgermeister unterwegs aus Freude am Singen für einen guten Zweck.

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern  
Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPv)  
Peter Müller  
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Anzeigen- und Vertriebs:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWST.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.  
Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.  
Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Integrationspreise Mittelfranken und Niederbayern:

## Bayerische Erfolgsgeschichte

Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer bzw. Regierungspräsident Rainer Haselbeck sowie Bayerns Integrationsminister Joachim Herrmann haben in Nürnberg und Landshut die mittelfränkischen bzw. niederbayerischen Integrationspreise überreicht. „Integration ist in Bayern eine Erfolgsgeschichte“, stellte Staatsminister Herrmann fest. Dazu trage auch die vorbildliche Arbeit der vielen Ehrenamtlichen bei. Mit den Integrationspreisen wolle die Staatsregierung dieses wichtige Engagement anerkennen und fördern.

Der erste Preis des Integrationspreises Mittelfranken, dotiert mit einem Preisgeld von 2.500 Euro, ging an die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Zirndorf mit der „Asylgruppe Zirndorf“, die dieses Jahr ihr 30-jähriges Bestehen feiern konnte. Durch ehrenamtliche Helfer angeleitet, wird Flüchtlingen in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung Bayern – Dienststelle Zirndorf – Hilfe und Unterstützung in ihren Lebenssituationen angeboten. Dabei werden die besondere Situation der jeweils neu angekommenen Flüchtlinge und ihre kurze Aufenthaltsdauer in Zirndorf berücksichtigt. Das Motto der Asylgruppe lautet deshalb „Heimat auf Zeit“.

### Job-Stammtische für Geflüchtete

Den 2. Preis mit einem Preisgeld von 1.500 Euro erhielt das bfz Nürnberg für seine „Job-Stammtische für Geflüchtete“. Deren zentrale Aufgabe ist es in erster Linie, geflüchtete, arbeitssuchende Menschen mit Arbeitgebern vor Ort zusammen zu bringen. Die Unternehmensvertreter kommunizieren dabei, unter welchen konkreten Voraussetzungen man bei ihnen einen Job bekommen kann. Bereits in den Arbeitsmarkt integrierte Teilnehmer berichten aus erster Hand von ihrem erfolgreichen Weg in den Job. Der Rahmen für die Veranstaltung ist bewusst informell gestaltet, um Kommunikationshemmnisse möglichst gering zu halten.

Für ihr Projekt „Haus Frieden in Zirndorf“ wurden Eva-Maria Brütting und Friedrich Wittig aus Fürth mit dem 3. Preis (1.000 Euro) ausgezeichnet. Da es geflüchtete Familien, vor allem aber Großfamilien und Behinderte auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben, erwarben die Preisträger ein geeignetes Haus in Zirndorf und bauten es so um, dass zwei siebenköpfige Familien und eine Familie mit einem Rollstuhlfahrer darin in Würde leben können.

Der niederbayerische Integrationspreis 2018 ging an die Caritas Eggenfelden, die Freiwilligen Agentur Landshut, die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz (Bildungszentrum Pfarrkirchen), Osama Alhussin sowie Leander Hartung und Arne Pieper.

### Mama lernt Deutsch

Das Projekt „Mama lernt Deutsch“ des Caritasverbands Eggenfelden (Preisgeld 1.500 Euro) bietet einen Sprachkurs speziell für Frauen an. Während ihre Kinder in der Grundschule Eggenfelden oder von Ehrenamtlichen betreut werden, erhalten die Mütter Deutschunterricht. Im Mittelpunkt des Kurses stehen Themen rund um Schule, Erziehung, Familie und die Frau in der deutschen Gesellschaft.

Das „Café Deutsch“ der Freiwilligenagentur Landshut (Preisgeld 1.500 Euro) hilft Geflüchteten, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Aus jeweils einem qualifizierten Freiwilligen und

einem Geflüchteten werden sogenannte Sprachtandems gebildet. Die Tandempartner treffen sich wöchentlich zum Üben im Café Deutsch. Mittlerweile sind rund 80 Sprachtandems aktiv.

Die Praxislernwerkstatt Pfarrkirchen der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz (Preisgeld 1.000 Euro) schult Geflüchtete mit dem Ziel, sie auf eine Ausbildung oder Arbeit vorzubereiten. Außerdem werden Kontakte zu kleineren, lokalen Betrieben geknüpft, die dringend motivierten Nachwuchssuchen: Ein einzigartiges Angebot im ländlichen Raum, um Wege in Ausbildung und Arbeit zu erleichtern und Vorbehalte abzubauen.

Der 22-jährige Syrer Osama Alhussin (Preisgeld 500 Euro) ist ein Paradebeispiel für gelungene Integration. Seit über einem Jahr ist Alhussin ein engagiertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Straubing. Der Solidaritätsgedanke, der hinter der Freiwilligen Feuerwehr steht, hat Alhussin fasziniert und ihn zum Eintritt bewogen.

### Filmprojekt „Fremd“

Das Filmprojekt „Fremd“ von Leander Hartung und Arne Pieper (Preisgeld 500 Euro) bringt Integration auf die Leinwand. Der Film begleitet den jungen Rafik, der nach einer traumatisierenden Flucht aus Syrien in einem kleinen Ort nahe Landshut eine neue Heimat finden möchte.

Staatsminister Herrmann wies auf die große Bedeutung der Integration als Zukunftsaufgabe hin, die als Gesellschaft nur gemeinsam gemeistert werden könne, betonte aber auch: „Wer in unserem Land leben will, muss sich in unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung integrieren. Er muss mit uns leben wollen, nicht neben oder gar gegen uns.“

Für eine gelungene Integration hat der Freistaat laut Herrmann ein bundesweit beispielloses Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht: „Mit rund 1,9 Milliarden Euro fördern wir im Doppelhaushalt 2017/2018 etwa die Vermittlung von Alltagskompetenzen, unserer Werte und vor allem das Erlernen unserer Sprache – denn Deutsch ist der Schlüssel für Verständigung und gelingende Integration.“ Bei all diesen wichtigen Integrationsaufgaben habe Bayern sehr gute Erfahrungen mit der Vernetzung von Haupt- und Ehrenamtlichen gemacht. Deshalb würden den Ehrenamtlichen mit den Integrationslotsen kompetente und verlässliche Ansprechpartner zur Seite gestellt. **DK**

### Zeitraumen

Die Art des Anschlusses an die Donau und die erforderlichen Erdbewegungen zum Erreichen der ständigen Durchströmung des Altwassers erläuterte Maya Möllering, ebenfalls vom Wasserwirtschaftsamt. Wird dieser Weg eingeschlagen, steigt auch der Untersuchungsbedarf, z.B. für naturschutzfachliche Erhebungen im Vorfeld. Als nächster wichtiger Schritt steht nun eine Baugrund- und Aushubsuntersuchung an. Sollten hier keine gravierenden Probleme auftreten, kann 2019 die Renaturierung genauer abgestimmt und ausgeplant werden. Läuft hier alles nach Plan, besteht Ende 2019 Klarheit darüber, wie die Wiederanbindung des Altwassers aussehen kann, gaben Donautal-Aktiv-Geschäftsführer Lothar Kempfle und seine Kollegin Susanne Kling den groben Zeitrahmen für das Projekt vor.

Da die Maßnahme in ihrer Wir-

kung verbreitert und umfangreicher wird, steigen auch absehbar die Kosten. Wie diese neben dem Freistaat Bayern, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, von weiteren Partnern getragen werden können, wird aktuell von Donautal-Aktiv geprüft. Hierzu laufen u.a. Gespräche mit dem bayerischen Landesfischereiverband.

Sichtlich angetan von den Planungen sagte auch Landrat Stefan Rößle zu, die Möglichkeit einer Mittelumwidmung vom bisherigen Landkreisbudget für das Naturschutzgroßprojekt hin zu diesem Vorhaben des Wasserwirtschaftsamtes zu prüfen. Sollte das Vorhaben wie skizziert gelingen, würde im Landkreis Donau-Ries für das gesamte Naturschutzgroßprojekt immerhin ein Pilot- und Anschauungsprojekt umgesetzt, das weit darüber hinaus Verständnis für Fluss- und Auenrenaturierung an der Donau schafft. **□**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Schau mal einer guck – der Wassermangel hat jetzt doch Aufmerksamkeit in den Medien gefunden. Sogar das Fernsehen berichtet über die fallenden Pegel und die schrumpfenden Vorräte. Aber wie ernst ist die Situation?“ Mein Chef, der Bürgermeister, lugte wieder einmal besorgt gen Himmel, der die ganze vergangene Woche nicht danach aussah, als wolle er Regen über das Land bringen.

Dabei war dieses Jahr extrem. Erst die Dürre im Sommer, die der Landwirtschaft massive Probleme bereitet hat und dann auch noch dieser „goldene“ Oktober, der sich mit strahlender Sonne und relativ hohen Temperaturen in unser Herz geschlichen hat. Eigentlich ein Traumwetter für uns Städter und die

## Globalthema Wasser

Leute, die gerne bei uns Urlaub machen. Bloß blöd, dass die Natur und das ganze Gleichgewicht in ihr nicht nur Sonne, Hitze, Dolce vita braucht, sondern eben auch Wasser, das die Atmosphäre in guten Zeiten als Regen zur Verfügung stellt.

Ich meine tatsächlich in guten Zeiten, denn immer, wenn es der Menschheit gut ging, ob in der klassischen Antike oder in den Warmphasen vor der kleinen Eiszeit Mitte des letzten Jahrtausends, kamen zwei Faktoren zusammen: Wärme und Wasser. Eins allein hat nie funktioniert. So wurde das reiche, landwirtschaftlich intensiv genutzte Africa der alten Römer (im Wesentlichen das Gebiet vom heutigen Tunesien bis Tripolitanien), vielerorts unfruchtbar, weil es schlicht an Wasser fehlte und bis heute noch fehlt.

Der Wassermangel in Nordafrika hat sicher etwas mit einem ganz natürlichen Klimawandel zu tun (Donald Trump: Es ist halt Wetter). Andere Probleme mit Wasser sind unstrittig menschengemacht. So verlandet und versalzt der größte Binnensee der Welt, der Aralsee, zunehmend, weil ihm durch intensive Wasserentnahme an den Zubringerflüssen, die eigentlich nicht standortgerechte Plantagen bewässern müssen, deren Pflanzen viel zu viel Wasser verbrauchen, buchstäblich der Saft abgedreht wird. Welche Auswirkungen das auf das globale Klima hat, wird sich noch zeigen.

In welche Himmelsrichtung wir auch schauen, überall ist Wasser ein Thema. Kapstadt in Südafrika droht buchstäblich zu verdursten und wagt jetzt ein Brunnenbauexperiment mit unkalulierbaren Folgen für die Umwelt. Zwischen der Türkei, Irak und Syrien herrscht latenter Streit wegen eines Staudammprojekts. Der Jordan ist Zankapfel zwischen Israel und seinen Nachbarn und dem Toten Meer droht Austrocknung.

Und wir? Wir wähen uns trotz des Jahrhundertsommers auf der Insel der Wasserseligen. Was rein objektiv ja nicht falsch ist. Trotz extremer Dürre, sehr wenigen Niederschlägen und Niedrigwasser in Flüssen und Seen, das die Schifffahrt und damit auch die Versorgung mit vielen Rohstoffen akut gefährdet, brauchen wir uns um unser Trinkwasser noch keine Sorgen zu machen. Die Reservoirs sind voll und unser Grundwasser hält uns über Jahre (Achtung Wortspiel) über Wasser.

Grundwasser? War da nicht was mit Nitratbelastung? Muss nicht auch schon das Grundwasser mancherorts aufwändig aufbereitet werden? Musste nicht schon in vielen Gemeinden, ja sogar Städten Alarm geschlagen werden und die Bürger waren aufgerufen, das Wasser abzukochen, bevor sie es nutzten? Auch bei uns scheint es also angezeigt, sich mehr Gedanken um das Lebensmittel Nummer 1 zu machen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist stolz darauf, dass unsere Stadt schon seit Mitte der 1980er Jahre eine Reihe von Initiativen zum Wassersparen und zur Reinhaltung des Wassers ergriffen hat. Im Rathaus gibt es auch kein Mineralwasser aus Flaschen, weil unser Leitungswasser geprüft mit allen anderen Wassern mithalten kann und ohne Abfüll- und Transportaufwand natürlich nur einen sehr kleinen ökologischen Fußabdruck hinterlässt. Dennoch halten auch in ihm die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler nach: „Wir horchen staunend auf, wenn eine NASA-Sonde Wasser auf dem Mars entdeckt haben soll - aber wir haben verlernt zu staunen über das Wasser, das bei uns so selbstverständlich aus dem Hahn fließt.“

ihre Sabrina

## Asyl und Arbeitsmigration klar trennen

CSU-Kreisvorstand Landshut: Regionale Wirtschaft braucht zusätzliche Fachkräfte

Die CSU im Landkreis Landshut hat sich bei ihrer Kreisvorstandssitzung im Gasthaus Eberl in Bruckberg mit der Lage des Mittelstands in der Region befasst. Zentrale Themen dabei waren die Leistungsfähigkeit der heimischen Firmen und die Auswirkungen des geplanten Fachkräftezuwanderungsgesetzes für die Betriebe vor Ort. Das Fazit: Im handwerklichen Bereich hat die regionale Wirtschaft zusätzlichen Bedarf, um offene Stellen und Ausbildungsplätze besetzen zu können.

„Noch sind einige Unternehmen in der Region in der glücklichen Lage, dass sie auch offene Stellen für gewerbliche Fachkräfte gut besetzen können“, sagte Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner. „Unsere Gespräche mit Unternehmen in der Region Landshut haben aber gezeigt, dass auch gut positionierte Firmen nichts dagegen hätten, wenn die Bewerberzahlen für Handwerkerstellen noch höher wären.“ Die meisten Betriebe legten großen Wert darauf, ihre Leistungen mit eigenem und bestens geschultem Personal zu erbringen, anstatt auf Subunternehmer zurückgreifen zu müssen.

### Faire Chance für Arbeitswillige

Laut Oßner ist die mittelständische Wirtschaft in der Region insgesamt sehr breit und robust aufgestellt. „Weltmarktführer findet man eben nicht nur in der Großstadt, sondern auch bei uns im ländlichen Raum.“ Damit aber alle Unternehmen vor Ort auch in Zukunft gut gerüstet seien, müs-

Dabei achte die CSU darauf, dass die Themen Asyl und Arbeitsmigration weder in der Debatte, noch gesetzlich vermischt werden. Damit seien auch Fehlanreize und Asylmissbrauch zu vermeiden. „Es bleibt bei dem Grundsatz: Abgelehnte Asylbewerber müssen das Land wieder verlassen. Wer eine Verstärkung für unsere Wirtschaft sein kann, bekommt eine faire Chance“, so die CSU-Kreisvorstandschaft.

Die Berichte aus den einzelnen Gremien übernahmen Monika Maier für die Bürgermeisterversammlungen, Fraktionsvorsitzender Josef Haselbeck für die Kreistagsfraktion sowie MdL Florian Hölzl für die Kreis- und Landespolitik. **□**



Für die CSU-Kreisvorstandschaft um Vorsitzenden und MdL Florian Oßner (links) ist klar, bei dem Grundsatz zu bleiben, dass abgelehnte Asylbewerber ohne Beschäftigung das Land wieder verlassen müssen. Gleichzeitig müssen Anreize geschaffen werden, zusätzliche und dringend benötigte Fachkräfte für den heimischen Mittelstand zu gewinnen. **□**

Hugo Knödler GmbH:

## Fahnenmasten in zahlreichen Ausführungen

Die Fa. Hugo Knödler in Weinstadt kann auf eine bewegte, mittlerweile über hundertjährige Geschichte zurückblicken. Ein großes Standbein des Familienunternehmens sind die Produktion sowie der Vertrieb von Fahnenmasten und Fahnen. Bereits im Jahr 1965 wurde der Sicherheitsfahnenmast HKS entwickelt. Seit dieser Zeit haben sich die Fahnenmasten permanent weiterentwickelt.

Zahlreiche Städte, Kommunen, Länder, Messen, Flughäfen, Stadien, Unternehmen und Organisationen verlassen sich auf die Beratung des Unternehmens. Um diese langfristigen Beziehungen pflegen zu können, bedarf es qualitativ hochwertiger Produkte. Mit seinem breiten Produktportfolio können Kundenwünsche gleich welcher Art abgedeckt werden.

Ein Fahnenmast soll für jedermann weithin erkennbar in die Höhe ragen. Da die Anwendungsgebiete sehr variabel sind und sie den unterschiedlichsten Anforderungen ausgesetzt sind, werden Fahnenmasten heute in den verschiedensten Ausführungen angefertigt.

### Perfektes Integrieren in die Umgebung

Beim Material anfangen bis hin zu den baulichen Details kann ein Fahnenmast perfekt auf jeden Einsatzort punktgenau angepasst werden. Die große Varietät am Markt erleichtert es, den passenden Mast für die Fahnen zu fin-

den. Schließlich soll er sich perfekt in die Umgebung integrieren und im Landschaftsbild nicht wie ein Fremdkörper wirken.

### Unterschiedliche Materialien

Von Holz über Aluminium oder Edelstahl bis Kunststoff werden viele unterschiedliche Materialien zum Bau herangezogen. Je nach Ansprüchen und Witterungsverhältnissen werden bestimmte Werkstoffe mit unterschiedlichen Vorteilen und Preisen empfohlen. Je höher der Fahnenmast ist, umso eher sind Edelstahl oder Aluminium als Material zu empfehlen. Eine Fahnenstange aus Alu ist weniger korrosionsanfällig und eher in der Lage, starkem Wind standzuhalten.

Um ein gutes Einfügen in das Ortsbild zu bewerkstelligen, kann auch die Form des Fahnenmastens wunschgemäß angepasst werden. Die verschiedenen Designs reichen von normalen runden bis hin zu konischen oder ovalen Profilen.

Um auf statische Gesetze Rücksicht zu nehmen, werden

die Masten mit zunehmender Höhe immer dickwandiger. Eine maximale Höhe, bei gewerblich vertriebenen Objekten ohne Sonderanfertigungen, wird bei ca. 12 bis 18 Metern erreicht. Selbst bei der Bedienung der Hissvorrichtung samt Seilführung gibt es gravierende Unterschiede. Seit einigen Jahren werden Fahnenmasten mit verdeckter Leinenführung (Innen-seilführung) bevorzugt. Modelle mit außen laufender Seilführung für Flaggen werden aber ebenfalls noch vertrieben.

Optionale Ausleger werden eingesetzt, damit die Fahne auch ohne Windstoß gut sichtbar und lesbar am Mast befestigt werden kann – ein wertvolles Extra, um zielgerichtete Aufmerksamkeit für die Fahne zu erregen und Werbung in eigener Sache bestens umsetzen zu können.

### Mobile Masten

Mobile Fahnenmasten werden nicht fix mit dem Untergrund verbunden. Sie finden sowohl in Innenräumen als auch im Außenbereich ihre Anwendung. Meist werden sie auf speziellen Bodenplatten aufgestellt und mittels Schrauben an diesen montiert und gesichert. Im Freien können mobile Masten optional mit Erddübeln befestigt werden. Dank leichtem Auf- und Abbau können sie vielerorts mitgenommen werden. Sie eignen sich hervorragend als Werbemedium bei diversen Veranstaltungen wie zum Beispiel Ausstellungen, Konferenzen oder Seminaren.

Besonders gut als Hinweis-

schild über einer Straße, bei Sportveranstaltungen oder Ähnlichem lassen sich Transparentfahnenmasten einsetzen. Diese bestehen aus zwei Masten, die mit einem Transparent verbunden sind.

Viele Modelle bieten eine Hissvorrichtung mit Kurbel, mit der eine Person vom Boden aus das Transparent gut sichtbar am Mast anbringen kann. Der Seilzug von Transparentfahnenmasten kann je nach Art und Hersteller sowohl innen- als auch außenliegend verarbeitet sein. Mit einem optionalen Spannband kann man das Transparent faltenfrei in Position bringen.

Sogenannte LED-Fahnenmasten, ausgestattet mit LED-Lichtbändern, sind die Trendsetter schlechthin. Die Länge dieses Mastes am Mast angebrachten Lichtbandes, meist erhältlich in rot, grün, blau oder weiß, variiert je nach Hersteller.

### LED-Technik

Der Seilzug liegt bei den allermeisten Modellen solcher Masten im Innenraum des Profils. Dank der LED-Technik werden die Fahnen seitlich beleuchtet und erhalten bei Dunkelheit durch gekonnte Farbakzentuierung ein anderes Erscheinungsbild. Durch diese Technik kann auch in der Nacht wirksam Werbung gemacht werden.

Nicht zu vergessen die Bodenhülse, die als Pfostenhalter für Verankerung und Befestigung des Fahnenmastes im Boden dient. Auch hier gibt es unterschiedliche Produkte in verschiedenen Ausführungen. So können Hülsen aus Aluminium oder Edelstahl zur Verankerung im Boden eingesetzt werden. Die Bodenhülsen werden in einem Fundament aus Beton verankert und ermöglichen so eine optimale Positionierung und Schutz vor äußeren Einflüssen. **DK**

## Dorfläden setzen auf regionale Produkte

Netzwerk im Landkreis Donau-Ries besichtigt Produzenten

Das Dorfladennetzwerk im Landkreis Donau-Ries hat sich mittlerweile zum achten Mal getroffen. Im Fokus stehen dabei vor allem die regionalen Produkte aus dem Landkreis Donau-Ries. So wird zukünftig verstärkt mit regionalen Produzenten zusammengearbeitet. Das Dorfladennetzwerk will aktuelle Bedarfe besprechen und Erfahrungen austauschen.

Die zehn Dorfläden im Landkreis Donau-Ries sind mittlerweile etablierte Einrichtungen in den jeweiligen Dörfern. Vor allem deshalb, weil sie die Nahversorgung aufrecht erhalten und mit dem Caféangebot einen Treffpunkt im Dorf schaffen. Die regionalen Produkte stehen bei den Dorfläden im Vordergrund. Konversionsmanagerin Barbara Wunder dazu: „Mit einem breiten Angebot an regionalen Produkten können sich die Dorfläden von den gängigen Supermärkten und Discountern abheben.“

### Partnerschaft mit regionalen Produzenten

Um dieses Alleinstellungsmerkmal der Dorfläden noch stärker hervorzuheben wird künftig noch enger mit den regionalen Produzenten vor Ort zusammengearbeitet. In der Vergangenheit konnte schon mit dem Café Samocca aus Nördlingen, das den Kaffee regional in einem Inklusionsprojekt röstet, zusammengearbeitet werden. Die Mobile Kaffeebar von Samocca war während der Regionalen Einkaufswoche im Juli dieses Jahres in allen Dorfläden landkreisweit unterwegs. Dabei konnte hochwertiger Kaffee verkostet werden.

Nun konnte im Rahmen des achten Netzwerktreffens die Brennmanufaktur Appl und Brauerei Appl auf Schloss Alerheim besichtigt werden. Sandra Appl, Inhaberin und Geopark Ries kul-

inarisch-Partnerin, erläuterte dabei, wie der Brauvorgang vonstattengeht und Destillate sowie Liköre aus regionalen Produkten entstehen. Einige Dorfläden haben die handwerklich hergestellten, regionalen Erzeugnisse bereits im Sortiment. Zudem finden in nächster Zeit Cocktail- und Informationsabende mit der Brennerei und Brauerei Appl in ausgewählten Dorfläden statt. Geopark Geschäftsführer Günther Zwerger: „Beide Produzenten sind durch das Erzeuger- und Gastronomenetzwerk Geopark Ries kulinarisch mit strengen Richtlinien geprüft, sodass Regionalität und Herkunft sichergestellt sind.“

Das Dorfladennetzwerk bringt die Akteure und Engagierten der Dorflädeninitiativen in der Region an einen Tisch. Bisher existieren in den Gemeinden Alerheim, Amerdingen, Daiting, Fünfstetten, Huisheim, Megesheim, Oberndorf, Rögling, Tagmersheim und Wolferstadt insgesamt zehn genossenschaftlich organisierte Dorfläden. Gerade in regionalen Netzwerken können passgenaue lokale Strategien mit allen Akteuren erarbeitet werden, betont Landrat Stefan Röfle. So werden in regelmäßigen Abständen aktuelle Bedarfe diskutiert, aber vor allem auch konkrete Projekte besprochen. Unter [www.donauries.bayern/dorfladen](http://www.donauries.bayern/dorfladen) sind alle Dorfläden mit ihren Öffnungszeiten, Ansprechpartnern und regionalen Produkten zu finden. **□**

### Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 8. November 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Breitband · Kommunikationstechnologien
- Kommunale Bauarbeiten
- Gestaltung öffentlicher Räume

## LIEFERANTEN

GZ

## NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
[www.apsederrpfosten.com](http://www.apsederrpfosten.com)

### Abzeichnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

### AVA-Software



[orca-software.com](http://orca-software.com)

### Energiedienstleistung



### Fahnenmaste + Fahnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23



Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
[www.fahnenmast.com](http://www.fahnenmast.com)

### Gewerbebau



**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Masing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**

Telefon 08171.9307-13

[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**

Telefon 08171.9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Hydraulik Anbauelemente



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**

Untereggerstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
[info@pt-dynaset.de](mailto:info@pt-dynaset.de) · [www.pt-dynaset.de](http://www.pt-dynaset.de)

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)



### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

### Nutzfahrzeuge



[www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden](http://www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



**Hailo-Werk GmbH & Co. KG** · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger  
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18  
[professional@hailo.de](mailto:professional@hailo.de) · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Sitzmöbelhersteller



### KRENZER

Wir gestalten Räume.

**Walter Krenzer GmbH & Co KG**  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de)  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Straßenbeleuchtung

### LEDiKit® Streetlight

Digital LED-Upgrade  
bestehender Straßenleuchten  
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:  
**T 0861 90992040** [www.laternix.de](http://www.laternix.de)

### Weihnachtsbeleuchtung



**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!